

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1983

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

INHALT

Außenhandel mit Frankreich	23	Der Außenhandel mit Frankreich hat durch den vor 20 Jahren abgeschlossenen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag wichtige Impulse erhalten.
Lohnsteuerzerlegung	25	Die Lohnsteuerstatistik für das Jahr 1980 liefert eine neue Berechnungsgrundlage für die Zerlegung der Lohnsteuer in den Jahren 1983 bis 1985. Für Rheinland-Pfalz ergibt sich nach Saldierung der Ansprüche und Verpflichtungen gegenüber den übrigen Bundesländern ein Erstattungsanspruch an Einnahmen aus der Lohnsteuer.
Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1981	28	Im Jahre 1981 hat die rheinland-pfälzische Industrie 3,3 Mrd. DM investiert. Das sind knapp 5% weniger als im Vorjahr.
Ausländer 1982	31	Jeder zweite Ausländer in Rheinland-Pfalz lebt schon seit über zehn Jahren im Bundesgebiet. Die Zahl der Zugezogenen ging 1982 zurück.
Obstbau 1982	33	Anhand der Ergebnisse der Obstanbauerhebung 1982 wird die Entwicklung von Umfang, angebauten Arten und Sorten des Obstbaues in den vergangenen zehn Jahren dargestellt. Die regionalen Schwerpunkte des Obstanbaues werden erläutert.
Statistiken in der Land- und Forstwirtschaft	36	Der Bereich Land- und Forstwirtschaft wird durch ein System aufeinander abgestimmter Erhebungen statistisch erfaßt.
Anhang	*9	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	*15	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

12% der rheinland-pfälzischen Ausfuhr Güter gelangen nach Frankreich

Rheinland-Pfalz exportierte im Jahre 1981 für 3,2 Mrd. DM Güter nach Frankreich. Dies entspricht 12% der Gesamtausfuhr. Importiert wurden Produkte für 2,4 Mrd. DM, was 13% der Einfuhr entspricht. Von 1970 bis 1981 nahmen die rheinland-pfälzischen Exporte nach Frankreich um mehr als das Doppelte zu. Die Warenlieferungen von dort stiegen um rund 130%.

Unter den nach Frankreich ausgeführten Gütern lagen Maschinen (18%), Kraftfahrzeuge (17%) und chemische Erzeugnisse (15%) an der Spitze. Bei den Importen führten ebenfalls Maschinen mit einem Anteil von 15%. Es folgten chemische und elektrotechnische Erzeugnisse mit je 11%. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 23

Produktionsrückgang im Jahr 1982

Im Jahre 1982 lag die Produktion von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz erstmals seit 1978 unter dem Vorjahresniveau (– 3,6%). Im Bundesgebiet, wo bereits 1981 die Produktion rückläufig gewesen war, wurden in 1982 um 2,8% weniger Waren hergestellt.

Von der Abnahme waren fast alle bedeutenden Wirtschaftszweige des Landes betroffen. Im Steine- und Erden-Bereich betrug die Produktionseinschränkung – 11,1%, im Maschinenbau einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen – 6,6%, in der Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren – 6,4% und im Straßenfahrzeugbau – 3,3%. Die chemische und die Schuh-Industrie konnten die Ausstoßziffern des Vorjahres nahezu halten (– 0,7%). Ein positives Ergebnis verzeichnete die Elektrotechnik mit einem Produktionsplus von 7,1%. fn

Kräftige Auftragszunahmen im Investitionsgüterbereich

In Industrie und Handwerk von Rheinland-Pfalz nahmen die Auftragseingänge von November auf Dezember 1982 um 8,3% zu. Bei einer um 12,6% höheren Inlandsnachfrage erhöhten sich die Auslandsbestellungen um 1,5%. Ausschlaggebend für die günstige Entwicklung waren die Zunahmen im Investitionsgüterbereich (+ 36%). Insbesondere der Maschinenbau einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen sowie der Straßenfahrzeugbau konnten mit einem Auftragsplus von 48 bzw. 49% die Geschäftstätigkeit deutlich ausweiten.

Im Vergleich zum Dezember 1981 stiegen die Bestellungen insgesamt um 3,7%. Während aus dem Inland um 20% mehr Neuaufträge erteilt wurden, ging die Auslandsnachfrage um über 15% zurück. fn

Bruttoinlandsprodukt 1982 in Rheinland-Pfalz wie im Bundesgebiet real unter dem Vorjahresergebnis

Das Bruttoinlandsprodukt von Rheinland-Pfalz war im Jahre 1982 erstmals seit sieben Jahren rückläufig. Nach vorläufigen Angaben lag das Bruttoinlandsprodukt real, das heißt unter Ausschaltung der Preisentwicklung, um 0,9% unter dem Vorjahresergebnis (Bundesgebiet – 1%).

Der Export hat im zweiten Halbjahr 1982 seine Bedeutung als Konjunkturstütze weitgehend verloren. Während im Bundesgebiet bereits im Vorjahr die reale Wirtschaftsentwicklung stagniert hatte, war in Rheinland-Pfalz im Jahre 1981 dank der damals sehr guten Auslandsnachfrage noch ein Zuwachs von 1,2% zu verzeichnen gewesen.

Gemessen in jeweiligen Preisen erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt 1982 in Rheinland-Pfalz um 3,5% (Bundesgebiet + 3,7%). Die Preissteigerung des Sozialprodukts betrug nach dieser ersten Rechnung in Rheinland-Pfalz 4,4% und lag damit niedriger als im Bundesdurchschnitt (+ 4,7%). lu

Öffentliche Wirtschaftsunternehmen mit 7,6 Mrd. DM Bilanzsumme

Die Jahresabschlüsse der über 300 öffentlichen Versorgungs-, Entsorgungs- und Verkehrsunternehmen in Rheinland-Pfalz wiesen 1980 zusammen eine Bilanzsumme von 7,6 Mrd. DM aus. Von den Aktiva entfielen 6,1 Mrd. DM oder vier Fünftel der Bilanzsumme auf Sachanlagen wie Grundstücke, Gebäude, technische Anlagen und Fahrzeuge. Das Umlaufvermögen betrug 1,2 Mrd. DM.

Die Passivseite weist ein Eigenkapital von zusammen 2,8 Mrd. DM aus. Das sind durchschnittlich 37,1% der Bilanzsumme. Die langfristigen Verbindlichkeiten beliefen sich auf 2,2 Mrd. DM, die übrigen Verbindlichkeiten auf 991 Mill. DM. Das Anlagevermögen war demnach zu 45% durch Eigenkapital bzw. zu 80% durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital gedeckt.

Nach den Gewinn- und Verlustrechnungen erzielten die Unternehmen per Saldo einen Gesamtertrag von 3,9 Mrd. DM, der um gut 6 Mill. DM über dem gesamten Aufwand lag. 57% der Aufwendungen entfielen auf den Materialverbrauch, 16,4% auf den Personalaufwand.

Unter Berücksichtigung der Verlustvorträge aus dem Vorjahr, die um nahezu 45 Mill. DM über den Gewinnvorträgen lagen, errechnet sich insgesamt ein zu deckender Verlust von 38 Mill. DM. Während die Eigenbetriebe und Zweckverbände einen Jahresverlust von zusammen 16 Mill. DM auswiesen, konnten die rechtlich selbständigen Gesellschaften einen Jahresgewinn von 22 Mill. DM erwirtschaften. he

1981 rückläufige Industrieinvestitionen

Im Jahre 1981 hat die rheinland-pfälzische Industrie 3,3 Mrd. DM investiert. Das sind 4,9% weniger als im Vorjahr. Damit war das jährliche Investitionsvolumen der Industrie- und Handwerksbetriebe nach fünfjährigem Wachstum erstmals geringer als im Vorjahr.

Der 1981 in Rheinland-Pfalz beobachtete Rückgang betraf ausschließlich den Verbrauchsgüter- (- 17%) und den Investitionsgütersektor (- 8%). Die Investitionstätigkeit im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich stagnierte, im Nahrungs- und Genussmittelbereich wurde um rund 5% mehr investiert. Zu der negativen Gesamtentwicklung trugen am stärksten der Straßenfahrzeugbau (- 10%), die Druckereien (- 41%) und die Kunststoffwarenindustrie (- 21%) bei. Im Straßenfahrzeugbau und bei den Druckereien war 1980 allerdings eine kräftige Expansion der Investitionsausgaben vorausgegangen. Hohe Wachstumsraten verzeichneten 1981 unter anderem eisenschaffende Industrie und NE-Metallerzeugung (+ 201%), Ziehereien, Kaltwalzwerke und Mechanik (+ 117%) und Molkereien (+ 104%). mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 28

Fast 22 000 neue Wohnungen genehmigt

Im Jahre 1982 wurden in Rheinland-Pfalz von den Bauaufsichtsbehörden 21 870 Wohnungen zum Bau freigegeben. Das sind 1 740 oder 7,4% weniger als im Vorjahr. Insgesamt 11 440 oder 52% der genehmigten Wohnungen befinden sich in Ein- und Zweifamilienhäusern; gegenüber 1982 gab es hier einen Rückgang um 25%. Deutlich zugenommen haben die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern mit 8 196 (+ 27%). Diese Entwicklung ist insbesondere auf den Bau von Eigentumswohnungen (+ 42%) zurückzuführen. Durch Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden werden 1 606 Wohnungen geschaffen; das sind 18% mehr als im Vorjahr.

Eine besonders starke Zunahme der Baugenehmigungen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat wurde im Dezember 1982 verzeichnet (+ 32%). hw

Mehr als doppelt soviel Baugenehmigungen in den kreisfreien Städten

Im Dezember 1982 wurden von den rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden 1 557 Wohnungen zum Bau freigegeben. Das sind 381 oder 32% mehr als im Dezember 1981. Sechs von zehn der geplanten Wohnungen liegen in den Landkreisen. In den kreisfreien Städten wurden 118%, in den Landkreisen 4% mehr Wohnungen genehmigt.

Trotz des guten Dezemberergebnisses ist die Zahl der im Jahre 1982 genehmigten Bauvorhaben (21 900 Wohnungen) um 7% geringer als 1981. hw

**Heizöl- und Benzinpreise fallen weiter
Verbraucherpreise im Januar**

Im Januar 1983 kosteten 100 Liter Heizöl im Landesdurchschnitt 75,32 DM. Das sind 5,1% weniger als im Dezember 1982. Normal- und Superbenzin wurden bis zu 3,9%, Dieselmotortreibstoff um 3,2% billiger.

Gegenüber Januar 1982 fiel der Heizölpreis um 4,7%, während die Benzinpreise um 0,1 bis 2,6% höher waren. Dieselmotortreibstoff überschritt den Preis des Vorjahresmonats um 3,7%.

Unter den Lebensmitteln verbilligten sich im Vergleich zum Vorjahresmonat frisches Barschfilet (- 16%), Eier (- 3,6%) und Kartoffeln (- 1%). Bei frischem Obst und Gemüse ergaben sich kräftige Preissenkungen insbesondere für Blumenkohl (- 13%), Tafeläpfel (- 24%) und Kopfsalat (- 3,7%). Die Preise für Apfelsinen und Bananen stiegen dagegen etwas an. br

Stundenverdienst der Industriearbeiter 14,83 DM

Im Oktober 1982 verdienten die Industriearbeiter in Rheinland-Pfalz in der Stunde durchschnittlich 14,83 DM brutto. Das sind 5,5% mehr als im Oktober 1981. Die Stundenlöhne der Männer betrugen 15,60 DM, die der Frauen 11,11 DM. Infolge der leicht rückläufigen Wochenarbeitszeit erhöhte sich der durchschnittliche Bruttowochenverdienst in geringerem Maße. Männliche Arbeiter verdienten 647 DM, weibliche Arbeiter 434 DM.

Kaufmännische Industrieangestellte (ohne leitende Kräfte) kamen auf 3 327 DM im Monat (+ 5,2%), technische Angestellte auf 3 981 DM (+ 4,1%).

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhielten männliche kaufmännische Angestellte monatlich 3 065 DM (+ 5,7%), ihre Kolleginnen 2 072 DM (+ 4,8%). ze

**Angestellte im Dienstleistungsbereich verdienen
5,7% mehr**

Die Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe in Rheinland-Pfalz sind 1982 um 5,7% auf 2 509 DM gestiegen. Gleichzeitig nahmen die Gehälter in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) um 5,1% auf 3 631 DM zu.

Männliche Angestellte im Dienstleistungsbereich verdienten 5,6% mehr als 1981, weibliche 5,9%. Daß Frauen weniger verdienen als männliche Angestellte, liegt daran, daß sie, namentlich im Handel, häufig geringerwertige Arbeiten oder befristete Saisonarbeit ausüben. ze

Außenhandel mit Frankreich

Frankreich ist der wichtigste Außenhandelspartner der Bundesrepublik. Zum Warenaustausch mit diesem EG-Staat zählt auch der Transfer hochentwickelter Technologien. Neben dem Maschinenbau bestimmen in Frankreich die Kraftfahrzeugherstellung, die Elektrotechnik, die Gummi- und Asbestverarbeitung die industrielle Struktur. Im Vergleich zum Bundesgebiet ist der Agrarsektor mit rund 10% aller Erwerbstätigen relativ stark besetzt. Vor allem dem Weinbau kommt eine sehr große Bedeutung zu. Der zwischenstaatliche Güteraustausch erhielt namentlich durch den seit 20 Jahren bestehenden deutsch-französischen Freundschaftsvertrag entscheidende Impulse.

Progressiv wachsende Ausfuhrüberschüsse

Im Jahre 1981 führte die rheinland-pfälzische Wirtschaft Waren im Wert von 3,2 Mrd. DM nach Frankreich aus. Das sind 12% des Gesamtexports. Aus dem westlichen Nachbarland wurden Güter für 2,4 Mrd. DM importiert, was einem Anteil von 13% an der Einfuhr entspricht. Damit lagen sowohl bei der Ausfuhr als auch der Einfuhr die Werte von Frank-

reich unter allen Handelspartnern an der Spitze. Von 1970 bis 1981 stiegen die rheinland-pfälzischen Exporte nach Frankreich auf das 3,2fache. Die Importe aus diesem Land erhöhten sich auf das 2,3fache.

Langfristig zeichnen sich für unseren Außenhandel mit Frankreich wachsende Ausfuhrüberschüsse ab. Während für die Jahre 1980 und 1981 - gemessen am Einfuhrwert - Ausfuhrüberschüsse von 26 bzw. 33% ermittelt worden waren, lagen im Januar bis Oktober 1982 die Exporte um 57% höher. Allein von Januar bis Oktober 1982 stieg der Anteil der Kraftfahrzeuge an den rheinland-pfälzischen Ausfuhren nach Frankreich von 14 auf 21%. Gleichzeitig halbierte sich die Quote der Maschinen an den französischen Exporten nach Rheinland-Pfalz von 16 auf 8%.

Beim Außenhandel der Bundesrepublik mit Frankreich wurde eine ähnliche Entwicklung der Ausfuhrüberschüsse festgestellt. In den Jahren 1980 und 1981 errechnen sich um 27 bzw. 29% höhere Exporte, für den Zeitraum Januar bis Oktober 1982 sogar ein Überschuß der Ausfuhr von 40%.

Außenhandel mit Frankreich 1970 - 1982

Jahr	Rheinland-Pfalz				Bundesgebiet				Anteil Rheinland-Pfalz am Bundesgebiet	
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhrüberschuß		Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhrüberschuß		Ausfuhr	Einfuhr
	Mill.DM		%		Mill.DM		%			
Insgesamt										
1970	995	1 045	- 49	- 4,7	15 480	13 899	1 581	11,4	6,4	7,5
1975	1 734	1 270	464	36,6	25 962	22 147	3 815	17,2	6,7	5,7
1976	2 313	1 512	801	53,0	33 666	25 831	7 835	30,3	6,9	5,9
1977	2 362	1 490	872	58,5	33 643	27 306	6 337	23,2	7,0	5,5
1978	2 259	1 553	706	45,4	34 895	28 281	6 614	23,4	6,5	5,5
1979	2 572	1 994	578	29,0	39 992	33 195	6 797	20,5	6,4	6,0
1980	3 004	2 390	614	25,7	46 615	36 591	10 024	27,4	6,4	6,5
1981	3 171	2 376	795	33,4	51 910	40 124	11 786	29,4	6,1	5,9
1982 ¹⁾	2 840	1 809	1 031	57,0	49 837	35 593	14 245	40,0	5,7	5,1
Veränderung zum Vorjahr in %										
1971	22,8	18,1	77,5	.	9,7	14,5	- 33,2	.	.	.
1975	- 12,3	- 8,3	- 21,6	.	- 5,1	6,0	- 40,8	.	.	.
1976	33,4	19,1	72,6	.	29,7	16,6	105,4	.	.	.
1977	2,1	- 1,5	8,9	.	- 0,1	5,7	- 19,1	.	.	.
1978	- 4,3	4,3	- 19,0	.	3,7	3,6	4,4	.	.	.
1979	13,9	28,4	- 18,1	.	14,6	17,4	2,8	.	.	.
1980	16,8	19,9	6,2	.	16,6	10,2	47,5	.	.	.
1981	5,5	- 0,6	29,4	.	11,4	9,7	17,6	.	.	.
1982 ¹⁾	8,2	- 7,4	53,3	.	16,4	6,4	51,9	.	.	.

1) Januar bis Oktober.

Maschinen und Kraftfahrzeuge wichtigste Exportgüter

Von den im Jahre 1981 aus Rheinland-Pfalz nach Frankreich ausgeführten Produkten waren 18% Maschinen, 17% Kraftfahrzeuge, 15% chemische Erzeugnisse und 11% Kunststoffe. Die Maschinenexporte bestehen zu mehr als der Hälfte aus Büromaschinen, insbesondere Datenverarbeitungsanlagen.

Unter den aus Frankreich nach Rheinland-Pfalz gelieferten Gütern führten Maschinen mit 15%; fast zwei Drittel davon waren Büromaschinen. Es folgten chemische und elektrotechnische Erzeugnisse (je 11%), Kunststoffe (6%), Kraftfahrzeuge und Wein (je 5%). Mithin wurden wertmäßig aus Rheinland-Pfalz 4,4mal soviel Kraftfahrzeuge - vorwiegend Nutzfahrzeuge - nach Frankreich exportiert, wie von dort eingeführt wurden. Beim Import überwiegen Personenkraftwagen.

Der Außenhandel des Bundesgebietes mit Frankreich hat weitgehend die gleiche Güterstruktur. Im Jahre 1981 führte die Bundesrepublik für 52 Mrd. DM Waren in das westliche Nachbarland aus, darunter allein 14% Maschinen. Bei den Importen aus Frankreich für insgesamt 40 Mrd. DM führten chemische Erzeugnisse und Kraftfahrzeuge mit je 9%. Die Kraftfahrzeugeinfuhren lagen um 40% unter dem Autoexport nach Frankreich.

6% Ausfuhranteil des Landes

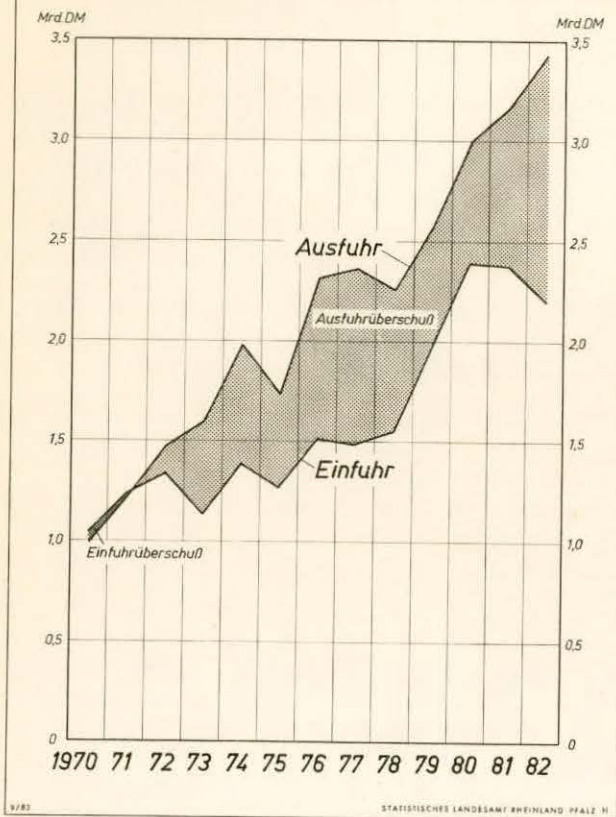
Im Jahre 1981 war Rheinland-Pfalz mit jeweils 6% an den Ausfuhren des Bundesgebietes nach Frank-

Außenhandel mit Frankreich nach Warengruppen 1981

Warengruppe Warenuntergruppe	Rheinland-Pfalz		Bundesgebiet ¹⁾		Anteil Rheinland-Pfalz	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	1975	1981
Ausfuhr						
<u>Ernährungswirtschaft</u>	196	6,2	2 412	5,0	5,9	8,1
Lebende Tiere	2	0,1	103	0,2	7,1	2,4
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	49	1,5	1 034	2,0	3,3	4,7
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	76	2,4	922	2,0	6,7	8,3
Genußmittel	69	2,2	353	0,8	12,5	19,4
Tabakerzeugnisse	62	1,9	136	0,3	65,9	45,5
Wein	4	0,1	5	0,0	49,8	78,6
<u>Gewerbliche Wirtschaft</u>	2 975	93,8	49 141	95,0	6,8	6,1
Rohstoffe	42	1,4	1 660	3,2	2,5	2,5
Halbwaren	178	5,6	5 105	10,0	5,1	3,5
Fertigwaren	2 755	86,8	42 376	81,8	7,2	6,5
Vorzeugnisse	905	28,5	8 436	16,3	9,0	10,7
Kunststoffe	342	10,8	1 642	3,2	19,3	20,9
Sonstige chemische Vorzeugnisse	231	7,3	1 264	2,4	20,2	18,3
Enderzeugnisse	1 850	58,3	33 939	65,4	6,6	5,5
Kautschukwaren	114	3,6	644	1,2	17,6	17,7
Maschinen	559	17,6	7 464	14,4	5,7	7,5
Büromaschinen/Datenverarbeitungsanlagen	302	9,5	1 398	2,7	13,0	21,6
Chemische Erzeugnisse	250	7,9	2 654	5,1	15,3	9,4
Kraftfahrzeuge	540	17,0	6 245	12,0	10,5	8,7
Insgesamt	3 171	100,0	51 910	100,0	6,7	6,1
Einfuhr						
<u>Ernährungswirtschaft</u>	476	20,0	5 401	14,0	10,2	8,8
Lebende Tiere	13	0,5	47	0,2	15,0	27,0
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	39	1,6	1 327	3,4	3,5	2,9
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	218	9,2	3 087	7,7	7,6	7,1
Genußmittel	206	8,7	939	2,7	28,6	22,0
Wein	114	4,8	604	1,5	29,9	18,8
<u>Gewerbliche Wirtschaft</u>	1 900	80,0	34 206	86,0	5,1	5,6
Rohstoffe	69	2,9	774	2,0	8,3	8,9
Halbwaren	228	9,7	3 906	10,0	7,7	5,8
Fertigwaren	1 604	67,4	29 525	74,0	4,6	5,4
Vorzeugnisse	571	24,0	7 331	18,3	7,2	7,8
Kunststoffe	138	5,8	1 230	3,1	11,8	11,2
Sonstige chemische Vorzeugnisse	172	7,2	1 536	3,8	14,7	11,2
Enderzeugnisse	1 032	43,4	22 195	55,3	3,6	4,7
Maschinen	358	15,1	3 102	7,7	7,0	11,6
Büromaschinen	219	9,2	880	2,2	15,1	24,9
Elektrotechnische Erzeugnisse	250	10,5	2 679	6,7	1,8	9,3
Chemische Erzeugnisse	93	3,9	2 082	5,2	4,9	4,5
Kraftfahrzeuge	124	5,2	3 734	9,3	2,0	3,3
Insgesamt	2 376	100,0	40 124	100,0	5,7	5,9

1) Nur bei den Gesamtwerten sind Rückwaren und Ersatzlieferungen berücksichtigt.

Außenhandel mit Frankreich 1970-1982



reich und an den Importen aus diesem Land beteiligt. Jeweils rund ein Fünftel von den aus dem Bundesgebiet nach Frankreich gelieferten Büromaschinen, Kunststoffen, chemischen Vorerzeugnissen und Kautschukwaren kam aus Rheinland-Pfalz. Von den Weinexporten waren es sogar fast 80%. Aus der Tatsache, daß diese Güter auch bei den Importen aus Frankreich in überdurchschnittlichem Maße nach Rheinland-Pfalz gelangen, geht hervor, daß sie zum Teil zur Weiterverarbeitung oder Veredelung bestimmt sind. Im Jahre 1981 wurden rheinland-pfälzische Weine im Wert von 4 Mill. DM nach Frankreich geliefert (Literpreis 3,13 DM), während für 114 Mill. DM französische Weine nach hier gelangten (Literpreis 1,79 DM).

Jedes zehnte aus dem Bundesgebiet nach Frankreich ausgeführte Kraftfahrzeug kam aus rheinland-pfälzischen Produktionsstätten, wo der Lkw-Bau dominiert. Die Automobilindustrie zählt in Rheinland-Pfalz zu den wichtigsten Wachstumsbranchen und ist überdurchschnittlich exportintensiv. Allein im Jahre 1981 expandierte hier die Kraftfahrzeugausfuhr um 43% (Bundesgebiet + 17%). Von dem 1981 im rheinland-pfälzischen Straßenfahrzeugbau erzielten Umsatz resultierte mehr als die Hälfte aus der Ausfuhr. Im Land entfielen 35% des gesamten Industrieumsatzes auf den Export, auf Bundesebene waren es 26%.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

Lohnsteuerzerlegung

Lohnsteuer nach dem örtlichen Aufkommen 1980

Der im Rahmen der Finanzreform von 1969 neugefaßte Artikel 107 Abs. 1 des Grundgesetzes war von sachgerechter und finanzeller Tragweite. Er führte zu einer konsequenten Verteilung der Erträge aus der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer nach dem örtlichen Aufkommen, die durch das Zerlegungsgesetz spezifiziert wurde. Nach § 5 des Zerlegungsgesetzes wird die von einem Land vereinnahmte Lohnsteuer insoweit zerlegt, als sie von den Bezüglern der in anderen Bundesländern ansässigen unbeschränkt steuerpflichtigen Arbeitnehmer insgesamt einbehalten worden ist. Hiernach soll die Lohnsteuer den Ländern zufließen, in denen die Lohnsteuerpflichtigen wohnen. Die in dreijährlichem Turnus durchzuführende Lohnsteuerstatistik liefert die Berechnungsgrundlage für die Zerlegung der Lohnsteuereinnahmen.

Anhand der von den Finanzämtern an das Statistische Landesamt weitergeleiteten Lohnsteuerkarten des Jahres 1980 wurde ermittelt, ob die Lohnsteuer von einem Betrieb abgeführt worden ist, dessen Betriebsstätte außerhalb von Rheinland-Pfalz liegt.

Gleichzeitig sind die hiervon auf die einzelnen Einnahmeländer entfallenden Lohnsteuerbeträge festgestellt worden. Die Zerlegungsanteile für Rheinland-Pfalz bemessen sich nach Hundertsätzen, die sich aus dem Verhältnis jeder der Beträge zu der im Feststellungszeitraum 1980 insgesamt vereinnahmten Lohnsteuer ergeben. Da die Lohnsteuerstatistik in dreijährlichen Abständen durchgeführt wird, gelten die Hundertsätze für die Zerlegung der Lohnsteuer drei Jahre. Die auf der Grundlage der Lohnsteuerzerlegung 1980 errechneten Zerlegungsanteile kommen in den Jahren 1983 bis 1985 zur Anwendung.

Die Lohnsteuer wird von einem außerhalb Rheinland-Pfalz gelegenen Betrieb abgeführt, wenn ein Arbeitnehmer mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz als Pendler in diesem Betrieb arbeitet. Das gleiche gilt, wenn der Lohnsteuerpflichtige in seinem Heimatland in dem Zweigbetrieb eines Unternehmens mit zentraler Lohnabrechnung beschäftigt ist, dessen Hauptniederlassung in einem anderen Bundesland liegt. Nach dem Einkommensteuergesetz hat der Arbeitgeber die einbehaltene Lohnsteuer an das für die Betriebsstätte, in der der Arbeitslohn und die Lohn-

steuer berechnet wird, zuständige Finanzamt abzuführen. Eine Quantifizierung des Anteils der Pendler bzw. der Fälle, die auf zentraler Lohnabrechnung beruhen, ist anhand des vorliegenden Materials nicht möglich. Die Aufgliederung der Steuerpflichtigen nach ausgleichsverpflichteten Ländern erlaubt daher nur eingeschränkt einen Einblick in bestehende Pendlerbewegungen.

284 168 Steuerpflichtige mit Zerlegungsanteilen

Im Jahre 1980 ist bei 284 168 Steuerpflichtigen die Lohnsteuer in einem anderen Bundesland vereinbart worden. Dies bedeutet gegenüber 1977 eine Zunahme um 4,6%, die auf eine größere Pendlerwanderung oder auf eine stärkere Inanspruchnahme einer zentralen EDV-unterstützten Lohnabrechnung zurückgeführt werden kann. Angesichts der Tatsache, daß die Zahl der durch die Lohnsteuerstatistik insgesamt erfaßten Arbeitnehmer ebenfalls gestiegen ist (+ 5,3%), kann die Entwicklung der Zerlegungsfälle nicht verwundern. Wesentlich ausgeprägter ist die Veränderung der Lohnsteuer der Zerlegungsfälle verlaufen. Sie expandierte gegenüber der letzten Erhebung um 23% auf gut 1,6 Mrd. DM. Dies ist in erster Linie auf die stark gestiegenen Löhne und Gehälter sowie auf die progressive Besteuerung zurückzuführen.

Es fällt auf, daß die einbehaltene Lohnsteuer bei Steuerpflichtigen mit Zerlegungsanteilen deutlich höher ist als bei den Steuerpflichtigen insgesamt. Während im ersten Fall der Arbeitgeber von dem an seine Beschäftigten auszuzahlenden Arbeitslohn im Schnitt 5 700 DM an das in einem anderen Bundesland gelegene Finanzamt abgeführt hat, sind es im anderen Fall lediglich 4 700 DM. Ein Steuerpflichtiger mit Zerlegungsanteilen hat also höhere Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit erzielt als der Durchschnitt. Dies kann zum Teil damit erklärt werden, daß bei in Rheinland-Pfalz gelegenen Zweigniederlassungen von Unternehmen mit Hauptsitz in einem anderen Bundesland für die beschäftigten Arbeiter die Lohn-

berechnung am Sitz der Zweigniederlassung durchgeführt wird, während für die leitenden Angestellten eine zentrale Lohnabrechnung am Hauptgeschäftssitz erfolgt.

Die an Rheinland-Pfalz grenzenden Länder dominieren

Die an Rheinland-Pfalz grenzenden Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg stellen unter den Zerlegungsfällen den größten Anteil sowohl der Steuerpflichtigen als auch der Lohnsteuer. Auf die drei genannten Länder entfallen 81% der Steuerpflichtigen und 82% der Lohnsteuer, wobei die Konzentration gegenüber der Erhebung 1977 geringfügig um jeweils etwa zwei Prozentpunkte zugenommen hat. In 30% der Fälle ist die Lohnsteuer in Hessen abgeführt worden, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (28%) und Baden-Württemberg (23%). Die anzahlmäßige Bedeutung spiegelt sich in den annähernd gleich großen Anteilen am Lohnsteueraufkommen wider. Das Saarland als kleinstes Nachbarland hat 7,7% der Lohnsteuer vereinnahmt.

In der überwiegenden Mehrheit dürften die genannten Länder das Ziel von Tagespendlern gewesen sein. Darüber hinaus ist allerdings zu beachten, daß sich darunter auch Fälle befinden, die infolge zentraler Lohnabrechnung zu Zerlegungsfällen geworden sind. In den weiter entfernt liegenden norddeutschen Ländern sowie Berlin und Bayern dürften dagegen - neben der zentralen Lohnabrechnung - die Arbeitnehmer vorwiegend als Fernpendler beschäftigt gewesen sein. Diese Länder haben jedoch sowohl nach der Zahl der Lohnsteuerpflichtigen als auch der Lohnsteuer nur ein untergeordnetes Gewicht. Sie stellen insgesamt etwa 10% der Steuerpflichtigen und der Lohnsteuer.

Natürlich stehen den Zerlegungsansprüchen auch Zerlegungsverpflichtungen gegenüber. Diese entstehen, wenn Einwohner anderer Bundesländer nach Rheinland-Pfalz pendeln, um hier zu arbeiten, oder wenn sie in ihrem Heimatland in einer dortigen Zweigniederlassung eines rheinland-pfälzischen Unternehmens beschäftigt sind. Auf diese Weise sind im Jahre 1980 von 62 822 Lohnsteuerpflichtigen mit Wohnsitz in anderen Bundesländern 477 Mill. DM Lohnsteuer von rheinland-pfälzischen Finanzämtern vereinnahmt worden. Auch hier ist eine starke Konzentration auf die Nachbarländer festzustellen, die einen Anteil von mehr als 80% auf sich vereinigen.

Die Anteile der auf die einzelnen Länder entfallenden Zerlegungsbeträge sind seit 1968 nahezu unverändert geblieben. Es zeigt sich also, daß die Pendlerbeziehungen bzw. die Fälle von zentraler Lohnabrechnung unbeeinflusst von dem sich im Zeitablauf vollziehenden wirtschaftlichen Strukturwandel geblieben sind.

27% der Lohnsteuer wird in anderen Ländern einbehalten

Gemessen an den Ergebnissen der Lohnsteuerstatistik, in der alle Arbeitnehmer mit Wohnsitz in

Von den Finanzämtern anderer Länder vereinnahmte Lohnsteuer rheinland-pfälzischer Arbeitnehmer 1980
- Ergebnisse nach § 5 des Zerlegungsgesetzes
in der Fassung vom 25.2.1971 -

Ausgleichs- verpflichtetes Land	Steuerpflichtige mit Zerlegungs- anteilen 1)		Lohnsteuer	
	Anzahl	%	1 000 DM	%
Schleswig-Holstein	1 709	0,6	10 680	0,7
Hamburg	4 778	1,7	37 407	2,3
Niedersachsen	4 848	1,7	29 268	1,8
Bremen	795	0,3	4 775	0,3
Nordrhein-Westfalen	79 163	27,9	438 171	27,2
Hessen	85 574	30,1	494 834	30,7
Baden-Württemberg	64 064	22,6	384 335	23,8
Bayern	14 025	4,9	83 040	5,1
Saarland	27 963	9,8	124 360	7,7
Berlin (West)	1 249	0,4	6 073	0,4
Insgesamt	284 168	100,0	1 612 943	100,0

1) Ehegatten, die beide lohnsteuerpflichtiges Einkommen bezogen haben, wurden als ein Steuerpflichtiger nachgewiesen, wobei unterstellt wird, daß die Lohnsteuer der Ehefrau in dem gleichen Land vereinnahmt wird, wie die Lohnsteuer des Ehemannes.

Rheinland-Pfalz nachgewiesen werden, ist bei 22,4% der Steuerpflichtigen die Lohnsteuer vom Arbeitgeber an Finanzämter in anderen Ländern abgeführt worden. Der auf diese Weise einbehaltene Lohnsteuerbetrag macht 27,1% des durch die Lohnsteuerstatistik erfaßten Wertes aus. Dies entspricht der Verteilung in den vergangenen Jahren. Den hieraus resultierenden Zerlegungsansprüchen stehen Zerlegungsverpflichtungen gegenüber, da Rheinland-Pfalz seinerseits Lohnsteuerbeträge von Arbeitnehmern mit Wohnsitz in anderen Ländern vereinnahmt hat, die im Zerlegungsverfahren an die ausgleichsberechtigten Wohnsitzländer abzuführen sind. Für Rheinland-Pfalz ergibt sich nach Saldierung der Ansprüche und Verpflichtungen gegenüber der Gesamtheit der übrigen Länder ein Erstattungsanspruch, der für Land und Gemeinden eine bedeutende Verbesserung der Steuereinnahmen bewirkt.

Die Statistik über das Aufkommen an staatlichen Steuern macht die Bedeutung der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung deutlich. Im Jahre 1980 sind 6,2 Mrd. DM Lohnsteuer in die Finanzkassen geflossen, darunter 1,3 Mrd. DM oder 21% aus der Lohnsteuerzerlegung. Im Vergleich zu 1974 bis 1979 hat sich der Anteil der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung deutlich erhöht, denn seinerzeit hatten diese im Schnitt gut 16% ausgemacht. Auch in den Jahren 1981 und 1982 ist das Niveau der früheren Jahre mit 20% bzw. 24% überschritten worden.

Sonderuntersuchung zur Ermittlung der Auswirkungen der Ehegattenklausel

Das Zerlegungsgesetz sieht bestimmte Schematisierungen vor, die den Aufwand zur Ermittlung der Zerlegungsanteile reduzieren sollen. Die dadurch entstehenden Verzerrungen sind bisher in Kauf genommen worden, da man davon ausgegangen ist, daß sie alle Länder in etwa gleichem Umfang betreffen. Auf Beschluß der Finanzministerkonferenz vom 6. November 1980 sind die Auswirkungen einer der zahlreichen Vereinfachungen, und zwar der sogenannten Ehegattenklausel, untersucht worden. Die Ehegattenklausel besagt, daß bei Ehegatten mit beiderseitigem Arbeitslohn die Eintragungen auf der Steuerkarte des Ehemannes maßgeblich sind (§ 5 Abs. 2 Satz 4 ZerlG). Es wird also unterstellt, daß die Lohnsteuer der Ehefrau stets im gleichen Land vereinnahmt wird wie die Lohnsteuer des Ehemannes. Dies kann im Einzelfall zwar zutreffen, jedoch sind Abweichungen relativ häufig.

Die Ehegattenklausel bewirkt, daß das ausgleichsverpflichtete Land zu hoch belastet wird, wenn die Lohnsteuer der Ehefrau in ihrem Heimatland oder in einem dritten Bundesland einbehalten wird. Ist die Lohnsteuer der Ehefrau in ihrem Wohnsitzland abgeführt worden, erhält das Land den Steuerbetrag doppelt, nämlich erstens durch den Abzug vom Arbeitslohn und zweitens im Rahmen des Zerlegungsverfahrens. Wird dagegen die Lohnsteuer der Ehefrau von einem dritten Bundesland vereinnahmt, wird der Betrag nicht zerlegt und führt damit zu einem finanziellen Vorteil für dieses Land. Es ist auch möglich, daß die Lohnsteuer des Ehemannes im Wohnsitzland abgeführt worden ist, während die der Ehefrau in

Von den Finanzämtern anderer Länder vereinnahmte Lohnsteuer rheinland-pfälzischer Arbeitnehmer 1980 (Individualnachweis - Ergebnisse der Sonderuntersuchung auf Beschluß der Finanzministerkonferenz vom 6.11.1980 -)

Ausgleichs- verpflichtetes Land	Steuerfälle mit Zerlegungs- anteilen		Lohnsteuer	
	Anzahl	%	1 000 DM	%
Schleswig-Holstein	1 808	0,6	9 642	0,6
Hamburg	5 609	1,7	36 621	2,4
Niedersachsen	5 636	1,7	28 326	1,8
Bremen	1 015	0,3	4 943	0,3
Nordrhein-Westfalen	89 390	27,5	421 729	27,4
Hessen	96 596	29,7	464 099	30,1
Baden-Württemberg	76 107	23,4	370 390	24,1
Bayern	17 527	5,4	84 434	5,5
Saarland	30 373	9,3	114 445	7,4
Berlin (West)	1 447	0,4	5 931	0,4
Insgesamt	325 508	100,0	1 540 560	100,0

einem anderen Land vereinnahmt wird. In diesem Fall erwirbt das Wohnsitzland bei Gültigkeit der Ehegattenklausel keinen Zerlegungsanspruch.

In der Sonderuntersuchung zur Ermittlung der Auswirkungen der Ehegattenklausel waren bei Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn jeweils die Eintragungen auf der Lohnsteuerkarte des Mannes bzw. der Frau getrennt auszuwerten. Es ist zu erwarten, daß das Zerlegungsvolumen insgesamt gesehen zurückgeht, weil die Lohnsteuer der Ehefrau nicht automatisch mit der ihres Ehemannes zerlegt wird. Zwischen den einzelnen Ländern sind dagegen Verschiebungen durchaus möglich. In der Regel wird ein Land mit einem Auspendlerüberschuß durch die Ehegattenklausel einen höheren Zerlegungsanspruch gegenüber der Gesamtheit der übrigen Länder erwerben, wenn unterstellt wird, daß häufiger der Ehemann zu seiner Arbeitsstätte über die Landesgrenze hinweg pendelt als die Ehefrau. In solchen Fällen erhöht sich nämlich der Zerlegungsanspruch der Wohnsitzländer um die Lohnsteuer der Ehefrau, obwohl der Betrag bereits im Heimatland einbehalten worden ist. Im Gegenzug wächst natürlich die Zerlegungsverpflichtung für ein Land mit Einpendlerüberschuß.

Da Rheinland-Pfalz ein Land mit Auspendlerüberschuß ist, ergibt sich erwartungsgemäß durch die Individualzerlegung ein Rückgang bei der in anderen Ländern einbehaltenen Lohnsteuer. Bei einem Verzicht auf die Anwendung der Ehegattenklausel reduziert sich der rheinland-pfälzische Zerlegungsanspruch gegenüber der Gesamtheit der übrigen Länder um 4,5% auf gut 1,5 Mrd. DM. Der größte Rückgang ist gegenüber Schleswig-Holstein (- 9,7%), Saarland (- 8%) und Hessen (- 6,2%) zu verzeichnen. Lediglich gegenüber Bremen (3,5%) und Bayern (1,7%) steigt der Zerlegungsanspruch, was vermuten läßt, daß Unternehmen mit Sitz in diesen beiden Ländern in ihren rheinland-pfälzischen Zweigniederlassungen überdurchschnittlich viel verheiratete weibliche Arbeitnehmer beschäftigen.

Dies wird auch durch die Entwicklung der Zahl der Steuerfälle mit Zerlegungsanteilen bekräftigt. Gegenüber den Ergebnissen bei Gültigkeit der Ehegatten-

klausel hat sich die Zahl der Zerlegungsfälle überproportional um 28% (Bremen) bzw. 25% (Bayern) erhöht, während im Durchschnitt eine Steigerung um 14,5% verzeichnet worden ist. Die erhöhte Zahl von Zerlegungsfällen ergibt sich, weil Ehegatten mit beiderseitigem Bruttolohn jeweils individuell gezählt werden, wenn die Voraussetzungen zur Zerlegung der Lohnsteuer vorliegen. Darüber hinaus sind hier die Fälle enthalten, in denen nur die Lohnsteuer der Ehefrau zerlegt werden muß.

Als Ergebnis der Sonderuntersuchung über die Auswirkungen der Ehegattenklausel läßt sich fest-

halten, daß der rheinland-pfälzische Zerlegungsanspruch gegenüber der Gesamtheit der übrigen Länder zurückgeht. Dies bedeutet, daß sich die Zerlegungsverpflichtung der anderen Länder, mit Ausnahme von Bremen und Bayern, gegenüber Rheinland-Pfalz vermindert. Im Gegenzug reduziert sich die Ausgleichsverpflichtung von Rheinland-Pfalz gegenüber der Gesamtheit der übrigen Länder. Durch Saldierung der Ansprüche und Verpflichtungen ergibt sich für Rheinland-Pfalz nach wie vor ein Zerlegungsanspruch, der allerdings geringer sein dürfte als der bei Gültigkeit der Ehegattenklausel.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1981

Investitionen sind der Motor des Wirtschaftswachstums. Ihrem Umfang und Verlauf kommt eine zentrale ökonomische Bedeutung zu. Sie werden daher jährlich durch eine Investitionserhebung erfaßt. Diese Statistik beruht auf dem Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe vom 30. 5. 1980 (BGBl. I S. 641) und erfaßt die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten.

Weniger Investitionen im Verbrauchsgüter- und Investitionsgüterbereich

Im Jahre 1981 investierten die rund 2 800 rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetriebe 3,3 Mrd. DM in Anlagegüter. Das sind 170 Mill. DM oder 4,9% weniger als 1980. Damit ist nach einem fünfjährigen, teilweise auch inflationsbedingten Wachstum ein Investitionsrückgang zu verzeichnen, der sich nach Berechnungen des Ifo-Institutes auch im Jahre 1982 trotz verbesserter Finanzierungsmöglichkeiten und staatlicher Investitionsförderungsmaßnahmen auf das gesamte Bundesgebiet erstreckt.

Die 1981 in Rheinland-Pfalz beobachtete Verringerung der Industrieinvestitionen betraf ausschließlich den Verbrauchsgüter- (- 17,4%) und den Investitionsgüterbereich (- 7,8%). Die Investitionen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe stagnierten (+ 0,4%), im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe erhöhten sie sich um 4,8%. Wegen bereits unausgelasteter Kapazitäten sind vor allem Betriebserweiterungen, zum Teil aber auch Ersatzinvestitionen zurückgestellt worden. Die Zurückhaltung im Verbrauchsgüterbereich wirkt sich auch auf die Geschäftstätigkeit im Investitionsgüterbereich aus, so daß hier wegen gesunkener Absatzchancen die Investitionsausgaben ebenfalls eingeschränkt wurden. Damit ist 1981 der seit 1977 andauernde Investitionsboom im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe, der jährliche Wachstumsraten in Rheinland-Pfalz von durchschnittlich 31% brachte, ausgelaufen.

Druckereien mit geringster Investitionsneigung

Im Verbrauchsgüterbereich gingen 1981 die Investitionen am stärksten bei den Druckereien (- 41%), im Bekleidungsgewerbe (- 35%), in der Herstellung

von Kunststoffwaren (- 21%) sowie in der Herstellung und Verarbeitung von Glas (- 19%) zurück. Aber auch das Textilgewerbe und die Schuhindustrie (jeweils - 16%) investierten weniger als im vorangegangenen Jahr. In der Kunststoffwarenindustrie erhöhte sich gleichzeitig die Zahl der Betriebe um 6 auf 139, die pro Betrieb getätigten Investitionen gingen von knapp 1 Mill. DM auf 750 000 DM zurück. Bei den hinzugekommenen Betrieben handelt es sich fast ausschließlich um solche, die auf Grund ihrer Beschäftigtenzahl die Erfassungsgrenze zur Investitionserhebung überschritten haben. Die Druckereien, deren Investitionsausgaben um fast 39 Mill. DM niedriger lagen als im Jahr zuvor, investierten 1981 pro Beschäftigten rund 7 000 DM gegenüber 11 500 DM im Jahre 1980. Das sind 5% des Umsatzes im Vergleich zu 8,7% im Vorjahr. Diesem Rückgang war allerdings 1980 eine besonders hohe Investitionssteigerung vorausgegangen. Vergleicht man den 1981er Wert mit dem Durchschnittswert der Jahre 1979 und 1980, verringert sich die Veränderungsrate der Druckereien auf - 19,5%.

Neben Investitionseinschränkungen gab es im Verbrauchsgütersektor auch Zweige mit positiver Investitionsentwicklung. Erheblich mehr als im Vorjahr wurde in den Zweigen Herstellung von Musikinstrumenten, Schmuckwaren und Edelsteingewerbe (+ 16,8%) und Feinkeramik (+ 10,5%) investiert. Im Bereich Feinkeramik wurde damit ein Rückgang um über ein Viertel im Jahre 1980 teilweise kompensiert.

Straßenfahrzeugbau bestimmt Entwicklung im Investitionsgüterbereich

Von den Betrieben des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes verzeichneten 1981 neben dem Wirtschaftszweig Feinmechanik, Optik und Herstellung von Uhren (- 29%) die Stahlbranchen, nämlich Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau (- 28%), Herstellung von EBM-Waren (- 24%) und Stahlverformung (- 22%) die größten Investitionseinschränkungen. Die Gesamtentwicklung im Investitionsgüterbereich wird jedoch vom Wirtschaftszweig Straßenfahrzeugbau und Reparatur von Kraftfahrzeu-

Anlageinvestitionen des verarbeitenden Gewerbes 1981
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	Ins- gesamt	Verän- derung zu 1980	Je Be- schäf- tigten	Anteil am Umsatz 1)	Grund- stücke und Gebäude	Maschinen und ma- schinelle Anlagen, Betriebs- und Ge- schäftsausstattung	
						zusammen	Anteil
	1 000 DM	%	DM	%	1 000 DM		%
<u>Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe</u> ²⁾	1 423 600	0,4	11 818	5,1	251 913	1 171 687	82,3
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	197 566	0,3	11 271	7,6	57 978	139 588	70,7
Gewinnung von Natursteinen	17 612	- 27,4	14 330	9,2	1 433	16 179	91,9
Gewinnung von Sand und Kies	7 584	- 33,3	16 632	13,5	2 154	5 430	71,6
Herstellung von Zement	38 631	45,0	34 492	12,5	.	.	.
Ziegeleien	13 993	3,4	6 306	5,4	2 390	11 603	82,9
Herstellung von feuerfester Grobkeramik	22 367	6,1	5 866	4,5	3 149	19 218	85,9
Herstellung von Baustoffen aus Bims	13 360	- 37,9	10 987	6,6	2 717	10 643	79,7
Herstellung von Betonserzeugnissen (ohne Bims, großformatige Fertigbauteile)	10 396	- 50,0	5 094	3,8	2 241	8 155	78,4
Verarbeitung von Asbest	9 697	13,7	6 504	4,4	1 735	7 962	82,1
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	92 211	200,8	11 889	3,6	22 662	69 549	75,4
Gießereien	21 334	- 45,0	3 208	3,9	2 258	19 076	89,4
Ziehereien, Kaltwalzwerke; Mechanik	11 656	117,2	5 926	3,3	4 766	6 880	59,0
Chemische Industrie; Mineralölverarbeitung	996 634	- 0,8	13 669	5,1	148 203	848 431	85,1
Holzbearbeitung	22 342	- 23,8	5 614	3,4	3 133	19 209	86,0
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	22 640	- 6,7	7 438	4,0	4 303	18 337	81,0
Gummiverarbeitung	57 563	- 33,0	8 808	5,6	8 553	49 010	85,1
<u>Investitionsgüter produzierendes Gewerbe</u>	1 123 209	- 7,8	7 376	4,2	173 365	949 844	84,6
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	17 558	- 28,2	2 093	2,2	3 074	14 484	82,5
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	315 470	7,8	6 195	4,4	65 674	249 796	79,2
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahr- zeugen usw.	615 026	- 9,8	13 245	4,4	76 907	538 117	87,5
Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau	4 475	45,5	2 952	4,4	.	.	.
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	67 860	- 16,4	3 474	3,9	8 585	59 275	87,3
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	11 442	- 29,3	2 503	3,0	.	.	.
Stahlverformung	22 026	- 21,7	5 764	4,8	3 038	18 988	86,2
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	69 356	- 23,8	4 061	3,0	13 468	55 888	80,6
Herstellung von Stahlblechwaren (ohne Möbel)	15 919	- 57,2	3 072	2,8	3 410	12 509	78,6
Herstellung von Schlössern und Beschlägen	7 902	- 44,1	4 094	3,5	.	.	.
Herstellung von Metallwaren (ohne Kurzwaren)	17 972	3,6	5 927	4,1	1 408	16 564	92,2
<u>Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe</u>	447 724	- 17,4	4 550	3,9	111 843	335 881	75,0
Feinkeramik	25 146	10,5	4 154	4,8	5 311	19 835	78,9
Herstellung von Steingut, Feinsteinzeug, Ton- und Töpferwaren	12 160	- 6,2	3 504	4,7	4 268	7 892	64,9
Herstellung und Verarbeitung von Glas	58 446	- 18,9	6 670	5,1	16 572	41 874	71,6
Holzverarbeitung	54 867	3,8	4 242	4,0	15 315	39 552	72,1
Herstellung von Holzmöbeln (ohne Polstermöbel)	16 094	- 10,2	2 940	2,5	5 484	10 610	65,9
Herstellung von Musikinstrumenten, Schmuckwaren usw.; Edelsteingewerbe	6 167	16,8	2 433	2,3	2 039	4 128	66,9
Papier- und Pappeverarbeitung	42 836	5,7	6 261	3,8	9 474	33 362	77,9
Herstellung von Tapeten, Spezialpapieren, Verpackungsmitteln	30 332	35,3	8 971	5,6	8 235	22 097	72,9
Druckereien, Vervielfältigung	56 198	- 40,9	6 948	4,9	22 046	34 152	60,8
Herstellung von Kunststoffwaren	104 323	- 20,7	7 016	4,6	12 317	92 006	88,2
Ledererzeugung
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	2 596	.	.
Herstellung von Schuhen	35 481	- 15,7	1 867	2,2	12 146	23 335	65,8
Textilgewerbe	49 324	- 15,7	5 748	5,0	11 274	38 050	77,1
Bekleidungsgewerbe	8 241	- 34,7	1 216	1,4	2 753	5 488	66,6
<u>Nahrungs- und Genußmittelgewerbe</u>	310 550	4,8	14 942	4,2	68 246	242 304	78,0
Herstellung von Backwaren und Dauerbackwaren	7 538	- 17,7	3 603	4,2	1 939	5 599	74,3
Obst- und Gemüseverarbeitung	5 783	6,9	4 930	3,1	.	3 875	67,0
Molkerei, Käseerei; Herstellung von Milch- präparaten, Schmelzkäse	23 458	103,8	20 796	2,8	4 950	18 508	78,9
Schlachthäuser, Fleischwarenindustrie, Fleischerei	8 146	- 0,8	4 296	1,7	1 025	7 121	87,4
Brauereien und Mälzereien	83 585	- 17,6	19 868	8,7	14 796	68 789	82,3
Herstellung von Spirituosen	14 407	- 63,9	9 441	1,6	4 177	10 230	71,0
Herstellung und Verarbeitung von Wein	20 500	- 48,0	14 118	2,6	6 436	14 064	68,6
Mineralbrunnen, Herstellung von Mineralwasser und Limonaden	60 296	- 7,2	17 620	8,8	5 381	54 915	91,1
<u>Verarbeitendes Gewerbe</u> ²⁾	3 305 085	- 4,9	8 433	4,5	605 372	2 699 713	81,7

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Einschl. Bergbau.

gen am stärksten beeinflusst, auf den im Jahre 1981 mehr als die Hälfte der Investitionsausgaben dieses Bereichs entfielen. Nachdem die Investitionsausgaben im Straßenfahrzeugbau im Jahre 1980 durch die Kapazitätserweiterung eines größeren Automobilunternehmens um 85% gestiegen waren, lagen sie 1981 um 67 Mill. DM oder 9,8% unter dem hohen Vorjahresniveau. Zieht man den Durchschnitt der Jahre 1979 und 1980 zum Vergleich heran, ergibt sich hier sogar noch ein Anstieg von 17%.

Positive Wachstumsraten gab es im Investitionsgütersektor wie im vorausgegangenen Jahr beim Schiff-, Luft- und Raumfahrzeugbau (+ 46%) und beim Maschinenbau einschließlich ADV-Geräte und

-Einrichtungen (+ 7,8%). Im Maschinenbau setzte sich damit das seit 1977 beobachtete ständige Investitionswachstum weiter fort.

Chemie sowie Steine und Erden investierten soviel wie 1980

Die Entwicklung im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich wird maßgeblich von der Chemischen Industrie bestimmt, die zusammen mit der Mineralölverarbeitung im Jahre 1981 mit knapp 1 Mrd. DM 70% der Investitionsausgaben in dieser Hauptgruppe tätigte. Das sind 0,8% weniger als 1980. Es folgt der Steine- und Erdensektor mit 198 Mill. DM oder 14%. Hier überstieg die Investitionssumme den Umfang

Anlageinvestitionen des verarbeitenden Gewerbes 1972 - 1981
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

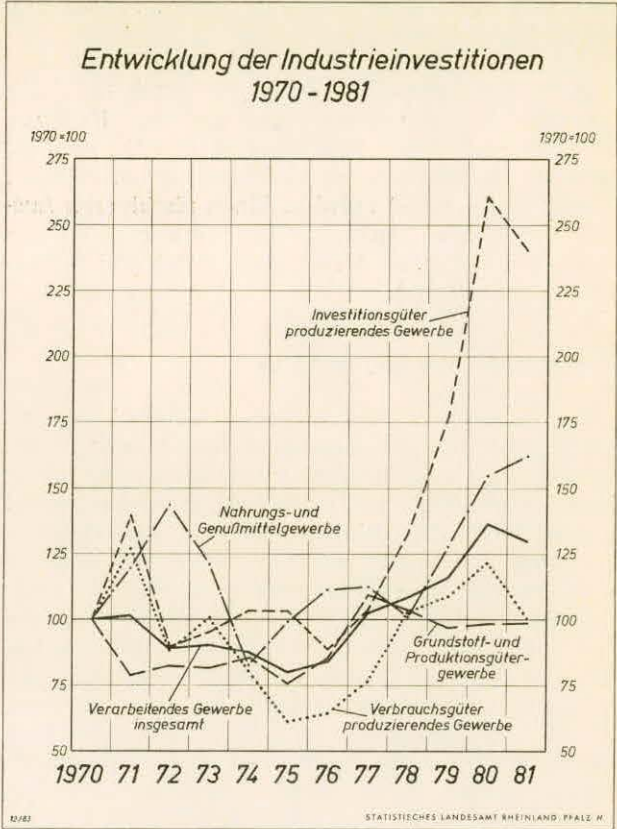
Wirtschaftszweig	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
Mill. DM										
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe 1)	1 186	1 175	1 232	1 088	1 225	1 577	1 491	1 397	1 418	1 424
Steine und Erden	191	187	113	102	111	147	137	178	197	198
Chemische Industrie, Mineralöl-verarbeitung	602	787	934	805	942	1 180	1 143	1 037	1 004	997
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	419	447	483	483	415	485	619	826	1 219	1 123
Maschinenbau einschl. ADV-Geräte und -Einrichtungen	134	118	145	153	136	147	181	250	293	315
Straßenfahrzeugbau	114	129	156	135	115	170	268	369	682	615
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	393	448	357	273	286	340	456	485	542	448
Herstellung von Kunststoffwaren	68	99	77	54	55	68	102	131	132	104
Herstellung von Schuhen	22	18	18	29	27	30	36	42	42	35
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	275	232	158	190	213	215	193	244	296	310
Brauereien und Mälzereien	73	61	38	47	55	76	67	87	101	84
Insgesamt 1)	2 273	2 302	2 231	2 034	2 139	2 617	2 759	2 952	3 475	3 305
1970 = 100										
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe 1)	82,4	81,6	85,6	75,6	85,1	109,5	103,6	97,0	98,5	98,9
Steine und Erden	114,0	112,1	67,4	61,1	66,6	88,1	81,9	106,2	117,8	118,1
Chemische Industrie, Mineralöl-verarbeitung	59,7	78,1	92,7	79,9	93,5	117,1	113,4	102,9	99,6	98,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	89,7	95,6	103,3	103,2	88,8	103,7	132,5	176,7	260,7	240,3
Maschinenbau einschl. ADV-Geräte und -Einrichtungen	82,7	72,7	89,6	94,2	83,7	90,7	111,9	154,5	180,7	194,7
Straßenfahrzeugbau	104,7	118,9	143,1	124,1	105,4	156,0	246,2	339,2	626,8	565,5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	88,2	100,6	80,2	61,2	64,2	76,2	102,2	108,8	121,6	100,5
Herstellung von Kunststoffwaren	65,6	95,0	73,9	51,3	52,3	64,9	97,5	125,8	126,0	100,0
Herstellung von Schuhen	52,7	44,5	44,4	70,0	66,7	73,5	88,6	102,4	103,2	87,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	143,7	121,0	82,4	99,5	111,4	112,7	100,9	127,6	154,8	162,1
Brauereien und Mälzereien	138,4	115,8	71,6	90,1	105,9	145,8	128,6	166,6	193,8	159,6
Insgesamt 1)	89,4	90,5	87,7	80,0	84,1	102,9	108,5	116,0	136,6	129,9

1) Einschl. Bergbau.

des Vorjahres leicht (+ 0,3%). Während im Steine- und Erden-Bereich seit 1979 nur positive Wachstumsraten errechnet wurden, ist in der Chemie der seit 1978 beobachtete Rückgang zum Stillstand gekommen. Das Investitionsvolumen des Jahres 1978 wurde nominal um nahezu 150 Mill. DM unterschritten.

Im übrigen Teil des Grundstoff- und Produktionsgüterbereichs stehen extrem hohe Zuwachsraten in der eisenschaffenden Industrie und NE-Metallerzeugung (+ 201%) sowie bei Ziehereien, Kaltwalzwerken und Mechanik (+ 117%) Abnahmeraten bei den Gießereien (- 45%), der Gummiverarbeitung (- 33%) und der Holzbearbeitung (- 24%) gegenüber. In der eisenschaffenden Industrie hat sich damit der Rückgang vom vorausgegangenen Jahr (- 41%) wieder umgekehrt. Die Gießereien und die Gummiverarbeitung hatten dagegen 1980 mit Wachstumsraten von + 64 bzw. + 105% kräftige Aufwärtsentwicklungen zu verzeichnen. In der Holzbearbeitung setzte sich der rückläufige Trend des Vorjahres fort.

Als einzige Industriehauptgruppe wies das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe im Jahre 1981 eine höhere Investitionstätigkeit auf. Diese Entwicklung wurde fast ausschließlich von den Molkereien (+ 104%) und den Spirituosenherstellern (+ 64%) bestimmt. Während sich bei den Molkereien der positive Trend des Vorjahres (+ 21%) fortsetzte, hatte die Spirituosenindustrie im Jahre 1980 noch einen Rückgang um 23% aufgewiesen. Rückläufige Investitionen größeren Ausmaßes gab es 1981 in der Sektkonsumgüterindustrie (- 48%), bei den Brauereien (- 18%) und



den Mineralwasser- und Limonadenherstellern (- 7,2%). Im Jahre 1980 wurden hier hohe Zuwachsraten verzeichnet.

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Ausländer 1982

Dem Bericht liegt die jährlich zum 30. September stattfindende Auszählung des beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregisters zugrunde. Sofern im Einzelfall Daten aus der Fortschreibung der Bevölkerung verwendet sind, wird hierauf besonders hingewiesen.

Zu den Ausländern werden auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit gezählt.

Verlangsamter Anstieg der Ausländerzahlen

Am 30. September 1982 belief sich die Zahl der Ausländer im Bundesgebiet auf 4,7 Mill. Personen. Sie lag damit um 0,8% höher als im Jahr zuvor, in dem die Zuwachsrate 4% betrug. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung bezifferte sich im Bundesgebiet auf 7,6%, in Rheinland-Pfalz auf 4,7%. In Rheinland-Pfalz wohnten zuletzt 170 881 Ausländer, das ist 1% mehr als im September 1981. Im Vor-

Ausländer nach der Staatsangehörigkeit 1973 - 1982

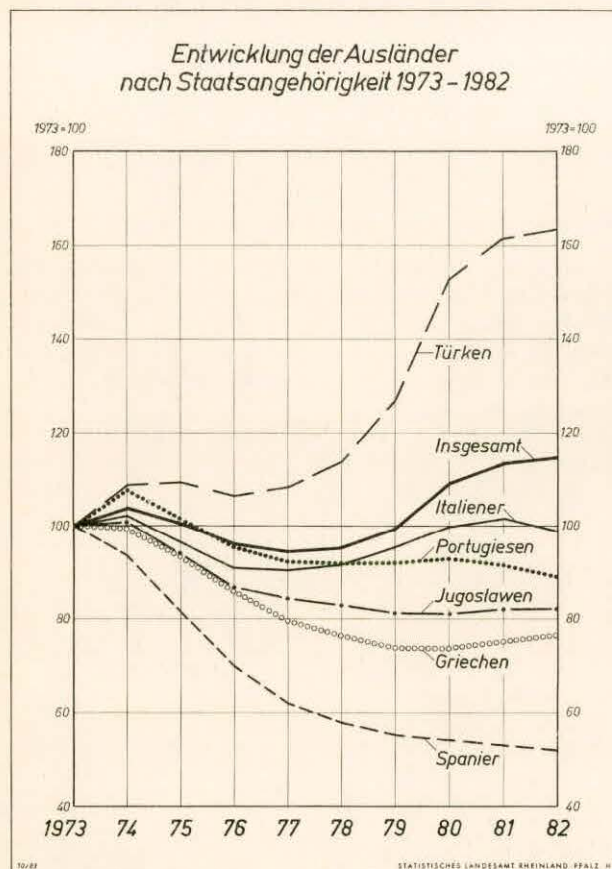
Stichtag 30.9.	Ins- gesamt	Italiener		Griechen		Jugoslawen		Portugiesen		Spanier		Türken	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1973	149 254	27 595	18,5	8 865	5,9	21 124	14,2	5 067	3,4	9 927	6,7	33 989	22,8
1974	155 124	28 223	18,2	8 823	5,7	21 317	13,7	5 461	3,5	9 300	6,0	37 026	23,9
1975	150 177	26 667	17,8	8 288	5,5	19 848	13,2	5 153	3,4	8 089	5,4	37 205	24,8
1976	143 242	25 051	17,5	7 626	5,3	18 309	12,8	4 826	3,4	6 952	4,9	36 193	25,3
1977	141 090	24 960	17,7	7 068	5,0	17 807	12,6	4 673	3,3	6 155	4,4	36 774	26,1
1978	141 952	25 288	17,8	6 781	4,8	17 513	12,3	4 647	3,3	5 755	4,1	38 695	27,3
1979	148 315	26 277	17,7	6 537	4,4	17 123	11,5	4 664	3,1	5 478	3,7	43 059	29,0
1980	162 848	27 554	16,9	6 525	4,0	17 099	10,5	4 702	2,9	5 374	3,3	51 926	31,9
1981	169 237	28 017	16,6	6 652	3,9	17 299	10,2	4 643	2,7	5 253	3,1	54 853	32,4
1982	170 881	27 244	15,9	6 780	4,0	17 296	10,1	4 502	2,6	5 145	3,0	55 525	32,5

jahr hatte die Zuwachsrate noch 3,9%, im Jahre 1980 noch 9,8% ausgemacht.

Unter den Bundesländern hat Berlin mit 12,5% die höchste Ausländerquote, gefolgt von Hamburg (10,6%) und Baden-Württemberg (9,9%), das als einziges Bundesland eine Verringerung der Zahl der Ausländer (- 1,4%) aufwies. Einen niedrigeren Ausländeranteil als Rheinland-Pfalz verzeichneten das Saarland (4,3%), Niedersachsen (4,1%) und Schleswig-Holstein (3,6%).

Jeder dritte Ausländer ist Türke

Die Anteile der verschiedenen Nationalitäten an der Gesamtzahl der Ausländer haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert. 1982 lebten in Rheinland-Pfalz nur noch halb so viele Spanier wie im Jahre 1973. Die Zahl der Griechen, Jugoslawen und Portugiesen nahm ebenfalls ab, während sich die Zahl der Italiener nicht wesentlich veränderte; deren Quote verringerte sich jedoch aufgrund der gestiegenen Zahl der Ausländer insgesamt. Dagegen nahm der Prozentsatz der Türken von 22,8 auf 32,5% zu. Ihre Zahl erhöhte sich um 21 500 auf 55 500. Damit war Ende September 1982 jeder dritte Ausländer Türke. Die zweitgrößte Gruppe waren Italiener (27 200), gefolgt von Jugoslawen (17 300). Deutlich schwächer waren Griechen (6 800), Spanier (5 100) und Portugiesen (4 500) vertreten. Insgesamt stellten die sechs genannten Länder - es handelt sich um die früheren Hauptanwerbeländer - mehr als zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung.



Ausländer in den Ländern des Bundesgebiets
Ende September 1982

Land	Insgesamt			Veränd. zum Vorjahr
	1 000	%	je 1 000 Ein- wohner	%
Schleswig-Holstein	94,5	2,0	36	+ 1,3
Hamburg	172,6	3,7	106	+ 13,9 ¹⁾
Niedersachsen	300,6	6,4	41	+ 0,5
Bremen	51,7	1,1	75	+ 0,9
Nordrhein-Westfalen	1 443,6	30,9	85	+ 0,6
Hessen	522,8	11,2	93	+ 1,1
Rheinland-Pfalz	170,9	3,7	47	+ 1,0
Baden-Württemberg	919,8	19,7	99	- 1,4
Bayern	709,7	15,2	65	+ 0,2
Saarland	46,0	1,0	43	+ 0,9
Berlin (West)	234,7	5,0	125	+ 3,3
Bundesgebiet	4 666,9	100,0	76	+ 0,8

1) Die stark überdurchschnittliche Steigerung erklärt sich durch Nachmeldungen bisher nicht registrierter ausländischer Jugendlicher unter 16 Jahren.

In der regionalen Verteilung der Ausländer sind von Ende September 1981 bis Ende September 1982 nur geringfügige Veränderungen eingetreten.

Weniger Zuzüge aus dem Ausland

Nach der laufenden Bevölkerungsstatistik hat die Zahl der Zuzüge von Ausländern abgenommen. Kammen in den ersten sechs Monaten des Jahres 1982 rund 6 500 Nichtdeutsche aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz, so waren es im gleichen Zeitraum des Vorjahres fast 1 000 Personen mehr gewesen.

Die Zahl der Fortzüge stieg um rund 200, so daß sich in der ersten Hälfte des Jahres 1982 fast ein Gleichstand mit den Zuzügen ergab (6 441 zu 6 465). Von Januar bis Juli 1981 war noch ein Wanderungsgewinn von 1 163 Personen verzeichnet worden.

15% der Zuziehenden sind zwischen sechs und 16 Jahren alt

Gemäß § 2 des Ausländergesetzes bedürfen Ausländer, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, keiner Aufenthaltserlaubnis.

Nach den Ergebnissen der Fortschreibung zogen vom 1. Juli 1981 bis zum 30. Juni 1982 insgesamt 15 497 Nichtdeutsche aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz; 15% davon waren sechs bis unter 16 Jahre alt. Der Anteil der Kinder bzw. Jugendlichen aus Ländern, die nicht der EG angehören, an der Gesamtzahl der Zugezogenen betrug 11,9%; es handelt sich um 1 847 Personen, darunter 1 104 Türken.

Unter den Fortgezogenen war die entsprechende Altersgruppe mit 12,4% vertreten (Angehörige von Nicht-EG-Ländern 8%). Angaben darüber, wie lange die Fortgezogenen im Bundesgebiet gelebt haben, können den zur Verfügung stehenden Quellen nicht entnommen werden. Das Ausländerzentralregister liefert jedoch Daten über die Aufenthaltsdauer der am 30. September eines Jahres in den einzelnen Bundesländern wohnenden Ausländer.

Jeder zweite Ausländer seit über zehn Jahren im Bundesgebiet

Von den rund 171 000 Ausländern in Rheinland-Pfalz hielten sich 79 000 bzw. 46% zehn Jahre oder länger im Bundesgebiet auf. Der Anteil dieser Gruppe hat sich in den vergangenen Jahren ständig erhöht. Im Jahre 1973 hatte er noch 17 und 1981 42% betragen. 15 000 oder 8,8% der Ausländer lebten 1982 schon mindestens 20 Jahre in der Bundesrepublik.

blik. Die Aufenthaltsdauer wird vom Datum der ersten Einreise ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen berechnet.

Aus dieser Entwicklung allein kann nicht ohne weiteres auf Fortschritte bei der Integration der Ausländer geschlossen werden; dafür sind die Ursachen einer längeren Aufenthaltsdauer, die bei einer Interpretation dieser Zahlen berücksichtigt werden müssen, zu vielfältig.

Diplom-Kaufmann E. Helms

Obstbau 1982

Der rheinland-pfälzische Obstanbau kann von seinem Umfang her nicht mit dem Weinbau konkurrieren, doch kommt ihm in einzelnen Landesteilen entscheidende Bedeutung für die Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe zu. Eine regelmäßige statistische Erfassung der Obstbaubetriebe und der Produktionsstruktur dieser Sonderkultur findet seit 1972 statt. Diese in fünfjährigem Abstand fälligen Erhebungen erstrecken sich auf alle EG-Mitgliedstaaten und dienen vorwiegend kurz- und mittelfristigen Ernteprognosen, der Feststellung der tatsächlichen Ernten sowie der Absatzplanung. Seit 1982 sind die Obstanbauerhebungen in der Bundesrepublik Deutschland im neugefaßten Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 21. August 1978 (BGBl. I S. 1509) geregelt. Anders als bei den früheren Obstbaumzählungen erstrecken sich die jetzigen Erhebungen nur noch auf den Verkaufsanbau von Kern- und Steinobst. Außerdem wurde eine Mindesterfassungsgrenze von 10 bzw. ab 1977 von 15 Ar Baumobst als Hauptnutzung eingeführt. Diese Beschränkungen sind angesichts der Tatsache, daß der Streuobstbau in der

Feldflur weitgehend seine Bedeutung für eine geregelte Marktbeflieferung verloren hat, gerechtfertigt.

Mehr als 40% der Obstfläche im Landkreis Mainz-Bingen

Anfang 1982 erstreckte sich der Verkaufsanbau von Baumobst in Rheinland-Pfalz auf 5 800 ha in gut 4 500 Betrieben. Die Zahl der Bäume erreichte fast 3 Millionen. Rund 40% aller Betriebe bewirtschafteten Flächen von weniger als 0,5 ha, ein Viertel kam auf 0,5 bis 1 ha. Eine Baumobstfläche von 1 bis 2 ha besaßen rund 18% der Betriebe. Obstflächen von mehr als 2 ha gab es in 740 Betrieben (16%), darunter gut 200 Betriebe mit mehr als 5 ha.

Über die Hälfte aller Obstanlagen gehörten zu Betrieben mit mehr als 2 ha und weitere 20% zu solchen mit 1 bis 2 ha. Auf die von ihrer Zahl her dominierenden Betriebe mit weniger als 1 ha entfielen zusammen 23% der gesamten Obstfläche des Landes.

Charakteristisch für den rheinland-pfälzischen Obstbau ist die Konzentration auf wenige, klimatisch

Betriebe mit Verkaufsanbau von Baumobst 1972 und 1982

Betriebsgrößenklasse nach der Baumobstfläche Verwaltungsbezirk	Betriebe			Fläche			Bäume		
	1972	1982		1972	1982		1972	1982	
	Anzahl	% 1)		ha	% 1)		Anzahl	% 1)	
unter 0,2 ha	1 430	30,4	6,7	193	51	0,9	72 903	19 956	0,7
0,2 - 0,5 "	2 216	1 557	34,3	699	499	8,6	253 113	205 777	6,9
0,5 - 1 "	1 508	1 145	25,2	1 022	777	13,4	379 809	315 372	10,5
1 - 2 "	844	797	17,5	1 138	1 088	18,8	469 687	494 100	16,5
2 - 3 "	312	277	6,1	747	672	11,6	331 793	314 311	10,5
3 - 5 "	255	255	5,6	949	942	16,3	449 172	516 086	17,2
5 und mehr "	169	208	4,6	1 336	1 759	30,4	730 270	1 132 317	37,8
Insgesamt	6 734	4 543	100,0	6 084	5 788	100,0	2 686 747	2 997 917	100,0
darunter:									
Kreisfreie Städte									
Koblenz	145	96	2,1	122	113	2,0	34 280	30 816	1,0
Mainz	467	306	6,7	740	734	12,7	244 346	279 555	9,3
Landkreise									
Ahrweiler	105	63	1,4	293	246	4,3	186 670	211 055	7,0
Mayen-Koblenz	315	223	4,9	252	246	4,3	71 658	91 997	3,1
Alzey-Worms	287	165	3,6	182	136	2,3	117 091	96 900	3,2
Bad Dürkheim	1 207	803	17,7	1 012	998	17,2	478 955	522 891	17,4
Südliche Weinstraße	295	261	5,7	124	176	3,0	74 686	174 678	5,8
Mainz-Bingen	2 494	1 909	42,0	2 345	2 453	42,4	966 036	1 131 553	37,7

1) Bei kreisfreien Städten und Landkreisen Anteil an der Landessumme.

Betriebsgrößenklasse nach der Baumobstfläche Verwaltungsbezirk	Ins- gesamt	Äpfel		Birnen		Süß- kirschen		Sauer- kirschen		Pflaumen und Zwetschen		Sonstige Arten	
		ha	%	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%
unter 0,2 ha	51	8	15,7	1	2,0	6	11,8	30	58,8	3	5,9	3	5,9
0,2 - 0,5 "	499	82	16,4	15	3,0	50	10,0	291	58,3	39	7,8	22	4,4
0,5 - 1 "	777	113	14,5	23	3,0	78	10,0	453	58,3	73	9,4	37	4,8
1 - 2 "	1 088	218	20,0	31	2,8	87	8,0	598	55,0	117	10,8	37	3,4
2 - 3 "	672	147	21,9	16	2,4	53	7,9	338	50,3	94	14,0	24	3,6
3 - 5 "	942	300	31,8	35	3,7	49	5,2	395	41,9	127	13,5	36	3,8
5 und mehr "	1 759	683	38,8	80	4,5	104	5,9	613	34,8	208	11,8	71	4,0
Insgesamt	5 788	1 551	26,8	202	3,5	427	7,4	2 717	46,9	661	11,4	230	4,0
darunter:													
Kreisfreie Städte													
Koblenz	113	11	9,7	0	0,0	33	29,2	66	58,4	3	2,7	0	0,0
Mainz	734	82	11,2	9	1,2	68	9,3	401	54,6	117	15,9	57	7,8
Landkreise													
Ahrweiler	246	161	65,4	20	8,1	1	0,4	57	23,2	6	2,4	1	0,4
Mayen-Koblenz	246	26	10,6	1	0,4	58	23,6	150	61,0	10	4,1	1	0,4
Alzey-Worms	136	46	33,8	7	5,1	7	5,1	67	49,3	4	2,9	5	3,7
Bad Dürkheim	998	318	31,9	13	1,3	64	6,4	378	37,9	201	20,1	24	2,4
Südliche Weinstraße	176	104	59,1	28	15,9	1	0,6	8	4,5	13	7,4	22	12,5
Mainz-Bingen	2 453	469	19,1	74	3,0	137	5,6	1 419	57,8	266	10,8	88	3,6

besonders begünstigte Gebiete. Regionale Schwerpunkte im nördlichen Landesteil sind neben der Stadt Koblenz (110 ha) die Landkreise Ahrweiler (250 ha) mit der Gemeinde Grafschaft (170 ha) sowie Mayen-Koblenz (250 ha) mit einigen Gemeinden im Tal von Rhein und Mosel. Allein in der Gemeinde Mülheim-Kärlich werden über 120 ha Obst angebaut. Im Süden konzentriert sich der Obstbau auf die Stadt Mainz (730 ha) und die Landkreise Alzey-Worms (140 ha), Südliche Weinstraße (180 ha), Bad Dürkheim (1 000 ha) und insbesondere Mainz-Bingen mit 2 450 ha. Zusammenhängende Obstbaugebiete liegen im Landkreis Bad Dürkheim vor allem in den Gemeinden Ellerstadt (110 ha), Meckenheim (120 ha), Freinsheim (170 ha) und Weisenheim am Sand (280 ha). Ausgesprochene Obstbaugemeinden im Landkreis Mainz-Bingen sind neben Bingen (135 ha) die zwischen Bingen und Mainz zu findenden Ortschaften Wackernheim (210 ha), Gau-Algesheim (270 ha), Heidesheim (370 ha) und vor allem Ingelheim (800 ha).

Sauerkirsche ist die führende Obstart

Die überwiegend als Verwertungsobst für die Herstellung von Konserven oder Fruchtsäften angebaute Sauerkirsche stellt mit 2 700 ha oder fast der Hälfte der gesamten Obstfläche die bei weitem führende Obstart dar. Damit ist Rheinland-Pfalz das weitaus größte Anbaugbiet für Sauerkirschen im Bundesgebiet. Auch für Sauerkirschen gibt es einige typische Anbauzentren. Sie liegen vor allem zwischen Mainz und Bingen mit dem bedeutendsten Erzeugergroßmarkt für diese Obstart im gesamten EG-Bereich in Ingelheim (1 800 ha). Weitere gut 300 ha entfallen auf einige Gemeinden um Weisenheim am Sand im Landkreis Bad Dürkheim und knapp 200 ha auf den Raum Koblenz.

Während die Sauerkirsche vorwiegend in Betrieben mit kleineren Obstflächen zum Anbau kommt, steht der Apfel als zweitwichtigste Obstart vermehrt in größeren Anlagen. Mit Apfelbäumen waren 1982 rund

1 550 ha bepflanzt, was etwas mehr als einem Viertel der gesamten Obstbaufäche entspricht. Anders als Sauerkirschen finden Äpfel fast ausschließlich Verwendung als Frischware.

Im Vergleich zu diesen beiden Obstarten stehen die übrigen in ihrer Bedeutung weit zurück. Mit 660 ha erreichten Pflaumen und Zwetschen 1982 rund 11% der Anbaufläche, Süßkirschen brachten es mit 430 ha noch auf 7%. Flächenanteile von weniger als 5% ergaben sich für Birnen (200 ha), Mirabellen und Renekloden (115 ha), Pfirsiche (58 ha) und Aprikosen (51 ha). Die beiden letztgenannten Arten, insbesondere aber die Aprikosen, stellen eine rheinland-pfälzische Spezialität dar. Angebaut werden sie wegen ihrer mit einer frühen Blüte verbundenen hohen Frostempfindlichkeit fast ausschließlich in den klimatisch begünstigten Lagen Rheinhessens und der Vorderpfalz. Die Aprikosenkulturen beschränken sich weitgehend auf Mainz und Umgebung.

Anbau von Sauerkirschen ausgedehnt

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Obstbaubetriebe um rund ein Drittel verringert, die Obstfläche ging gleichzeitig um 5% zurück. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Vergleichbarkeit der Zahlen infolge der Erhöhung der unteren Erfassungsgrenze etwas eingeschränkt ist. Dies betrifft die Fläche bei der gegebenen kleinbetrieblichen Struktur und wegen ihres nur geringen Anteils in der untersten Betriebsgrößenklasse deutlich weniger als die Zahl der Betriebe. Der Rückgang der Betriebe beschränkte sich auf die Größenklassen unter 3 ha Obstfläche. Betriebe über 3 ha wurden um fast 10% mehr gezählt als 1972. Im Durchschnitt kamen 1982 auf einen Betrieb 1,3 ha Obstanlagen, vor zehn Jahren dagegen erst 0,9 ha.

Auch bei den Obstarten haben sich seit 1972 beträchtliche Verschiebungen ergeben. Sie sind insbesondere gekennzeichnet durch die aus bisher relativ

Obstart Sorte	Fläche					Bäume				
	1972		1982		Veränd. 1982 zu 1972	1972		1982		Veränd. 1982 zu 1972
	ha	% 1)	ha	% 1)		Anzahl	% 1)	Anzahl	% 1)	
Äpfel insgesamt	1 700	27,9	1 551	26,8	- 8,8	1 146 529	42,7	1 426 280	47,6	+ 24,4
Tafeläpfel	1 601	26,3	1 509	26,1	- 5,7	1 130 927	42,1	1 416 727	47,3	+ 25,3
Golden Delicious	564	35,2	412	27,3	- 27,0	428 995	37,9	351 131	24,8	- 18,2
Cox Orange	322	20,1	188	12,5	- 41,6	253 454	22,4	182 338	12,9	- 28,1
Boskoop	93	5,8	156	10,3	+ 67,7	56 007	5,0	142 098	10,0	+ 153,7
James Grieve	133	8,3	127	8,4	- 4,5	86 178	7,6	96 742	6,8	+ 12,3
Melrose	.	.	90	6,0	.	.	.	104 469	7,4	.
Gloster	3	0,2	82	5,4	.	2 679	0,2	94 894	6,7	.
Lodi	132	8,2	64	4,2	- 51,5	75 666	6,7	38 957	2,7	- 48,5
Idared	.	.	53	3,5	.	.	.	74 966	5,3	.
Jonagold	.	.	48	3,2	.	.	.	61 744	4,4	.
Geheimrat Oldenburg	84	5,2	41	2,7	- 51,2	48 807	4,3	26 645	1,9	- 45,4
Goldparmäne	93	5,8	38	2,5	- 59,1	54 231	4,8	25 925	1,8	- 52,2
Berlepsch	20	1,2	31	2,1	+ 55,0	15 870	1,4	33 024	2,3	+ 108,1
Alkmene	.	.	26	1,7	.	.	.	32 774	2,3	.
Jamba	0	0,0	20	1,3	.	399	0,0	20 040	1,4	.
Sonstige Tafeläpfel	157	9,8	133	8,8	.	108 641	9,6	130 980	9,2	.
Birnen insgesamt	399	6,6	202	3,5	- 49,4	205 142	7,6	121 361	4,0	- 40,8
Tafelbirnen	383	6,3	198	3,4	- 48,3	200 622	7,5	120 024	4,0	- 40,2
Alexander Lucas	85	22,2	55	27,8	- 35,3	50 494	25,2	36 915	30,8	- 26,9
Williams Christbirne	93	24,3	53	26,8	- 43,0	51 884	25,9	36 969	30,8	- 28,7
Clapps Liebling	52	13,6	20	10,1	- 61,5	19 249	9,6	9 061	7,5	- 52,9
Sonstige Tafelbirnen	153	39,9	70	35,4	- 54,2	78 995	39,4	37 079	30,9	- 53,1
Süßkirschen	605	9,9	427	7,4	- 29,4	119 621	4,5	78 448	2,6	- 34,4
Sauerkirschen	2 223	36,5	2 717	46,9	+ 22,2	850 762	31,7	1 090 384	36,4	+ 28,2
Pflaumen und Zwetschen	674	11,1	661	11,4	- 1,9	207 957	7,7	213 884	7,1	+ 2,9
Mirabellen und Renekloden	141	2,3	115	2,0	- 18,4	36 509	1,4	29 375	1,0	- 19,5
Aprikosen	153	2,5	51	0,9	- 60,7	41 706	1,6	12 659	0,4	- 69,6
Pfirsiche	168	2,8	58	1,0	- 65,5	75 860	2,8	24 718	0,8	- 67,4

1) Bei Apfel- und Birnensorten Anteil an Tafeläpfeln bzw. Tafelbirnen.

günstigen Absatzchancen resultierende sprunghafte Ausweitung des Sauerkirschenanbaues. Ihre Fläche vergrößerte sich um fast ein Viertel, wodurch sich ihr Anteil an der gesamten Obstfläche von 37 auf 47% erhöhte. Die Äpfel konnten trotz geringer Einschränkungen (- 9%) ihre Stellung weitgehend behaupten, ebenso Pflaumen und Zwetschen (- 2%). Dagegen waren angesichts der Konkurrenz aus den südlichen Partnerländern der EG, in denen sich diese Arten unter günstigeren Verhältnissen kultivieren lassen, vor allem Pfirsiche und Aprikosen (jeweils - 66%) stärkeren Anbaueinschränkungen unterworfen. Auch die Birnen (- 49%) haben stark an Beliebtheit verloren. Ein Grund für den Flächenrückgang bei den Süßkirschen (- 29%) liegt sicher in den hier noch weit verbreiteten hohen Baumformen, die einen großen Pflege- und Ernteaufwand erfordern.

In regionaler Hinsicht läßt sich - vor allem bei den Sauerkirschen - in den vergangenen Jahren eine zunehmende Konzentration des Obstbaues auf die eigentlichen Anbauschwerpunkte feststellen. So verfügten die Stadt Mainz und der Landkreis Mainz-Bingen im Jahre 1972 über 51%, zehn Jahre später bereits über 55% der gesamten rheinland-pfälzischen Obstfläche. Die Anbauggebiete im Landkreis Bad Dürkheim sowie im Raum Koblenz und im Landkreis Ahrweiler, auf die unveränderte Anteile von 17 bzw. 11% entfielen, haben ihre hervorgehobene Stellung behauptet.

Golden Delicious weiterhin beliebteste Apfelsorte

Die richtige Sortenwahl spielt im Obstbau vornehmlich im Hinblick auf eine optimale Vermarktung der Produkte eine entscheidende Rolle. Dies gilt im besonderen für die zu 97 bzw. 98% zur Verwendung als Tafelobst angebauten Äpfel und Birnen. Die statistische Erfassung der Sorten im Rahmen der Obst-anbauerhebung beschränkte sich daher auf diese beiden Obstarten.

Als führende Apfelsorte in Rheinland-Pfalz gilt nach wie vor der Golden Delicious (410 ha) mit über einem Viertel der Fläche für Tafeläpfel, gefolgt von Cox Orange (190 ha) mit einem Anteil von 13%. Seit 1972 haben diese beiden Sorten jedoch sehr an Beliebtheit verloren, wobei diese Entwicklung vor allem zu Lasten der Cox Orange ging. Der Golden Delicious war davon in geringerem Maße betroffen. Vom Trend zu einer etwas herberen Geschmacksrichtung profitierte in den letzten Jahren vor allem die Sorte Boskoop (160 ha), die mittlerweile schon etwas mehr als 10% der Apfelfläche beansprucht. Mit einem Flächenanteil von 8% war der James Grieve ähnlich stark vertreten wie 1972, während die Bestände von Goldparmäne und Geheimrat Oldenburg jeweils um rund die Hälfte verkleinert wurden.

Auch von den vornehmlich in der Vorderpfalz zu findenden frühen Sorten Lodi und Weißer Klarapfel sind in Anbetracht der mit ihnen konkurrierenden

Importe aus den Früherntegebieten inner- und außerhalb der EG nur die Hälfte bzw. sogar nur ein Viertel der 1972 existierenden Anlagen übrig geblieben. Ihr Anteil an der Apfelfläche insgesamt sank von 11 auf nur noch 5%.

Dagegen haben in letzter Zeit die Neuzüchtungen Melrose (6%), Gloster (5%), Idared (4%), Jonagold (3%) und Alkmene (2%) größere Verbreitung im Apfelanbau gefunden.

Bei den Birnen sind fünf Sorten bestimmend, nämlich Alexander Lucas (28%), Williams Christbirne (27%), Clapps Liebling und Gellerts Butterbirne (je 10%) sowie Gute Luise (8%). In der Rangfolge haben sich hier gegenüber 1972 keine Änderungen ergeben.

Ein Viertel der Obstflächen sind Junganlagen

Bei einer Dauerkultur wie dem Obstbau wird die Ertragsfähigkeit entscheidend durch das Alter der Bäume bestimmt. Der Zeitpunkt, von dem ab mit rückläufigen Ertragsleistungen gerechnet werden muß, hängt insbesondere von Obstart und Baumform ab. Im Hinblick auf mittelfristige Ernteprognosen gehört daher auch die Erfassung des Pflanzjahres der Bäume zum Programm der laufenden Obstanbau-erhebungen.

Im Jahre 1982 war knapp ein Viertel der rheinland-pfälzischen Obstflächen weniger als fünf Jahre alt; diese Obstbäume wiesen noch keinen oder nur einen sehr geringen Ertrag auf. Rund 17 bzw. 19% aller Obstbäume brachten es auf ein Alter von fünf bis neun bzw. zehn bis 14 Jahren und dürften damit eine volle Ernte ermöglicht haben. 15 bis 24 Jahre alte Bäume sowie solche mit 25 und mehr Jahren standen in einem Drittel bzw. 9% aller Obstplantagen.

Die einzelnen Obstarten hatten einen sehr unterschiedlichen Altersaufbau. Hervorzuheben ist besonders der überdurchschnittlich hohe Anteil von über 25 Jahre alten Birnen, Süßkirschen, Pflaumen und Zwetschen, Mirabellen und Renekloden sowie Aprikosen. Mit Ausnahme der Pflaumen und Zwetschen gibt es für diese Arten auch wenig Junganlagen, so daß ihre Bedeutung in den nächsten Jahren weiter abnehmen wird. Dagegen erreichte der Anteil der unter fünf Jahre alten Äpfel, Sauerkirschen, Pflaumen und Zwetschen über dem Durchschnitt aller Obstarten liegende Werte. Ihre überragende Stellung im Obstbau von Rheinland-Pfalz werden sie damit weiter behalten. Von den in den vergangenen vier Jahren bepflanzten 1 300 ha Obstflächen entfielen 51% auf Sauerkirschen, 31% auf Äpfel und 12% auf Pflaumen und Zwetschen.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

Das System der Agrarstatistiken

Die Agrarstatistik dient der Beobachtung der Ernährungsgrundlagen und nimmt daher einen wichtigen Platz ein. Aus der Agrarstatistik ist zu entnehmen, daß die Landwirtschaft in den letzten drei Jahrzehnten einem ganz erheblichen Strukturwandel unterworfen war, der keinesfalls als abgeschlossen zu betrachten ist und der daher weiterhin ständig beobachtet werden soll. Damit im Zusammenhang stehen die seit vielen Jahren von Landes- und Bundesregierung sowie den Europäischen Gemeinschaften betriebenen Fördermaßnahmen im Rahmen der Verbesserung der Produktions- und Absatzstruktur, die eine ständige Erfolgskontrolle erforderlich machen. Auch ist zur Durchführung der für viele landwirtschaftliche Produkte bestehenden Marktordnungen der Europäischen Gemeinschaften die Kenntnis der Produktion unerlässlich. Das gleiche gilt für organisatorische Maßnahmen des Transports, der Lagerung und Verarbeitung sowie nicht zuletzt auch für die Bewältigung der zunehmenden Ernährungskrisen in allen Teilen der Welt.

Im folgenden sind die wichtigsten laufenden agrarstatistischen Erhebungen dargestellt. Dabei wird insbesondere auf den Erfassungsbereich, die Erhebungstatbestände sowie die Vergleichbarkeit zu früheren Jahren bzw. der einzelnen Erhebungen untereinander eingegangen.

1. Bodennutzungshaupterhebung

Mit der gesetzlichen Neuregelung der Bodennutzungserhebung durch das Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1978 (BGBl. I S. 1509) ist die bisherige Bodennutzungsvorerhebung weggefallen und der Inhalt der Bodennutzungshaupterhebung entscheidend geändert worden. Die Bodennutzungshaupterhebung besteht ab 1979 aus einer jährlichen totalen Feststellung der betrieblichen Einheiten sowie deren landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF), Waldfläche und Gesamtfläche und der eigentlichen Anbauflächenerhebung. Dabei dient die Feststellung der betrieblichen Einheiten - als Überbleibsel der früheren Vorerhebung - zur Ermittlung der Grundgesamtheit aller für die Haupterhebung relevanten Betriebe und gleichzeitig als Grundlage für die Aufbereitung von Ergebnissen über die Betriebsgrößenstruktur. Der Fragenkatalog der Anbauflächenerhebung umfaßt nicht nur den Anbau auf dem Ackerland sondern die gesamte LF sowie die übrigen zur Gesamtfläche gehörenden Positionen. Sie erfolgt, beginnend 1979, alle vier Jahre total und in den Zwischenjahren auf repräsentativem Wege. Der Erhebungs- und Darstellungsbereich erstreckt sich auf Betriebe mit einer Betriebsfläche ab 1 ha bzw. auf Gesamtflächen ab 1 ha, die ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzt

werden. Betriebe unter 1 ha LF bzw. ohne LF sind auskunftspflichtig, wenn ihre jährliche landwirtschaftliche Markterzeugung der von 1 ha LF entspricht. Dies wird als gegeben angesehen, wenn mindestens eine der folgenden Mindesterzeugungseinheiten erreicht oder überschritten wird:

- 30 Ar bestocktes Rebland
- 30 Ar Obstanlagen
- 30 Ar Hopfen
- 30 Ar Tabak
- 30 Ar Baumschulen
- 30 Ar Gemüse im Freiland
- 10 Ar Blumen und Zierpflanzen im Freiland
- 1 Ar Unterglasanbau von Gemüse zu Erwerbszwecken
- 1 Ar Unterglasanbau von Blumen und Zierpflanzen zu Erwerbszwecken
- 8 Stück Rindvieh jeden Alters
- 8 Schweine jeden Gewichts
- 50 Schafe jeden Alters
- 200 Legehennen
- 200 Schlacht-, Masthähne und -hühner
- 200 Gänse
- 200 Enten
- 200 Truthühner

Außerdem besteht eine Auskunftspflicht, wenn Verkaufs- oder Baumschulerzeugnissen bzw. Teichwirtschaft für den Verkauf vorliegt. Damit wurde die untere Abgrenzung der für die Agrarberichterstattung angeglichen ohne jedoch mit dieser identisch zu sein. Sie ist im Bereich der Sonderkulturen weitergehend, damit auf jeden Fall die für die Agrarberichterstattung in Frage kommenden Betriebe auch in die Bodennutzungshaupterhebung einbezogen sind. Entsprechend den unterschiedlichen Erfassungsbereichen weichen daher auch bei der Darstellung der Ergebnisse Bodennutzungshaupterhebung und Agrarberichterstattung - wenn auch teilweise nur geringfügig - voneinander ab.

In Rheinland-Pfalz werden aus organisatorischen Gründen die Feststellung der betrieblichen Einheiten und die Anbauflächenenerhebung gemeinsam im Mai durchgeführt. Der Flächennachweis bei der Bodennutzungshaupterhebung erfolgt nach dem Betriebsprinzip, das heißt in der Verwaltungseinheit, in der sich der Betriebs- oder Verwaltungssitz der auskunftspflichtigen Betriebe befindet. Die Flächen werden jeweils nach ihrer Hauptnutzung während des Jahres erhoben. Nach- oder Zwischennutzungen bleiben außer Betracht.

Durch die 1979 eingetretenen Änderungen im Erhebungsbereich ist die Vergleichbarkeit zu den Ergebnissen der früheren Bodennutzungsvor- und -haupterhebungen teilweise erheblich eingeschränkt. So lag die untere Erfassungsgrenze der auskunftspflichtigen Betriebe vor 1979 bei 0,5 ha ganz oder teilweise land- oder forstwirtschaftlich genutzter Gesamtfläche. Von entscheidender Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch der Wegfall der Auskunftspflicht der Gemeinden

für Flächen außerhalb der erhebungspflichtigen Betriebe. Die damit bewirkte Aufgabe des sogenannten Flächendeckungsprinzips hat teilweise auch Brüche in den erntestatistischen Reihen zur Folge.

2. Feststellung der Betriebsgrößenstruktur

Zur laufenden Beobachtung des Strukturwandels in der Land- und Forstwirtschaft findet ab 1965 jährlich eine Aufbereitung der Betriebe und ihrer landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) bzw. Waldfläche nach Betriebsgrößenklassen statt. Für die Jahre vor 1965 liegen Ergebnisse aus den Landwirtschaftszählungen von 1949 und 1960 vor. Als Grundlage für diese Aufbereitung dienten bis 1978 die Unterlagen der Bodennutzungsvorerhebung. Im Zuge der Neugestaltung der Bodennutzungserhebung ist an deren Stelle die ab 1979 neu eingeführte Feststellung der betrieblichen Einheiten im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung getreten. Dabei werden die landwirtschaftlichen Betriebe nach Betriebsgrößenklassen der LF und die Forstbetriebe nach Betriebsgrößenklassen der Waldfläche sowie nach Besitzarten (Staatsforsten, Körperschaftsforsten, Privatforsten) untergliedert. Zusätzlich erfolgt, wie auch bei der Landwirtschaftszählung 1971, eine Darstellung der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Betriebe und Forstbetriebe nach Betriebsgrößenklassen der Waldfläche. Während bis 1978 die landwirtschaftlichen Betriebe ab 0,5 ha LF und die Forstbetriebe ab 0,01 ha Waldfläche berücksichtigt wurden, ist die Darstellungsgesamtheit - nicht zuletzt auch wegen des geänderten Erfassungsbereiches bei der Bodennutzungshaupterhebung - beginnend 1979 der bei der Agrarberichterstattung üblichen angeglichen worden. Demnach gehen Forstbetriebe nur dann noch in die Aufbereitung ein, wenn sie 1 ha und mehr Waldfläche aufweisen. Bei landwirtschaftlichen Betrieben liegt die neue Darstellungsgrenze bei 1 ha LF bzw. weniger als 1 ha oder ohne LF, wenn die jährliche landwirtschaftliche Markterzeugung der von 1 ha LF entspricht (Mindesterzeugungseinheiten).

Abgesehen von den im Laufe der Zeit in Anpassung an die Entwicklung der Betriebsgrößen vorgenommenen Änderungen bei der Klasseneinteilung sind die Ergebnisse für die Betriebe ab 1 ha LF bzw. Waldfläche weitgehend vergleichbar. Die ab 1970 eingetretene Änderung des Merkmals für die Größenklassengliederung von LN (landwirtschaftliche Nutzfläche) in LF, wobei letztere im Gegensatz zur LN die nicht mehr genutzten landwirtschaftlichen Flächen sowie die Parkanlagen, Rasenflächen und Ziergärten nicht mehr enthält, hat nur in Gebieten mit einem hohen Anteil an nicht mehr genutzten Flächen Auswirkungen auf die Vergleichbarkeit zur Folge. Diese dürften jedoch gering sein, da sich die nicht mehr genutzten Flächen größtenteils außerhalb der Betriebe befinden. Für das Jahr 1949 erfolgte seinerzeit keine Unterteilung der Betriebe nach den Hauptproduktionsrichtungen landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe. Da jedoch die Zahl der Forstbetriebe mit LF relativ unbedeutend ist, werden hierdurch Vergleiche zu 1949 kaum erschwert. Von gewisser Bedeutung ist jedoch die Tatsache, daß 1949 und 1960 im Gegensatz zu

späteren Jahren bei den Regionalergebnissen für die landwirtschaftlichen Betriebe keine Darstellung der Betriebe ab 1 ha möglich ist und anders als für die Jahre von 1965 bis 1978 in der untersten Größenklasse von unter 2 ha auch Betriebe mit 0,01 bis 0,5 ha LN enthalten sind.

3. Agrarberichterstattung

Aufgrund des Gesetzes über die Agrarberichterstattung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1980 (BGBl. I S. 822) ist zur laufenden Beobachtung der Strukturveränderungen in der Landwirtschaft auch in den Jahren zwischen den in größeren Abständen stattfindenden Landwirtschaftszählungen, beginnend 1975, in jedem zweiten Jahr eine Agrarberichterstattung durchzuführen. Zum Erfassungsbereich gehören Betriebe mit einer land- oder forstwirtschaftlich genutzten Fläche von jeweils mindestens 1 ha. Betriebe unter 1 ha LF bzw. ohne LF werden berücksichtigt, wenn ihre jährliche landwirtschaftliche Markterzeugung der von 1 ha LF entspricht (Mindesterzeugungseinheiten).

Hinsichtlich der zu erhebenden Merkmale gliedert sich die Agrarberichterstattung in ein Grund- und ein Ergänzungsprogramm. Für das Grundprogramm werden die aus den laufenden Statistiken über Bodennutzung, Viehhaltung und Arbeitskräfte anfallenden Daten mit Hilfe einer Betriebsnummer betriebsweise zusammengeführt und im Betriebszusammenhang aufbereitet. Lediglich für eine begrenzte Zahl von Tatbeständen, wie die sozialökonomischen Verhältnisse, die Buchführung, die Besitzverhältnisse und Pachtpreise sowie die Erwerbs- und Unterhaltsquellen des Betriebsinhabers und seiner Familienangehörigen sind im Rahmen des Ergänzungsprogramms zusätzliche Befragungen notwendig, die mit Ausnahme der Fragen über die Buchführung und die sozialökonomischen Verhältnisse, die mit der Bodennutzungshaupterhebung verbunden sind, gemeinsam mit der auch zum Grundprogramm zählenden Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft durchgeführt werden.

Seit 1979 werden die Angaben aus der Bodennutzungshaupterhebung und der Viehzählung nur noch in jedem zweiten Berichtsjahr total übernommen, in der Zwischenzeit erfolgt eine repräsentative Auswertung. Aus der Arbeitskräfteerhebung ist in jedem Berichtsjahr nur eine Übernahme von repräsentativ erhobenen Daten möglich. Die in Verbindung mit der Bodennutzungshaupterhebung stehenden Fragen des Ergänzungsprogramms über die sozialökonomischen Verhältnisse und die Buchführung werden entsprechend dem Wechsel von totaler und repräsentativer Durchführung bei dieser Erhebung, beginnend 1979, nur noch in jedem zweiten Berichtsjahr der Agrarberichterstattung total gestellt und aufbereitet. Hinsichtlich der übrigen Merkmale des Ergänzungsprogramms ist immer eine repräsentative Befragung und Aufbereitung vorgesehen. Die Ergebnisse der Agrarberichterstattung werden auch zur Typisierung und sozialökonomischen Gliederung der Betriebe herangezogen.

Der Darstellungsbereich bezieht sich auf landwirtschaftliche Betriebe mit einer LF von 1 ha und mehr sowie auf Betriebe unter 1 ha oder ohne LF, deren jährliche landwirtschaftliche Markterzeugung der von 1 ha LF entspricht, ferner in Totaljahren auch auf Forstbetriebe mit 1 ha und mehr Waldfläche.

Im Rahmen der Agrarberichterstattung sollen in Zukunft auch verlaufsstatistische Untersuchungen vorgenommen werden. Im Gegensatz zu den üblichen Auswertungen, die den jeweiligen Zustand einer Gesamtheit von Betrieben darstellen, hat die Verlaufsanalyse das Ziel, Ergebnisse über Zustandsänderungen der Betriebe im Zeitablauf zu gewinnen. Dazu werden zwei in zeitlichem Abstand durchgeführte Erhebungen, die sich selbstverständlich auf identisch abgegrenzte Gesamtheiten beziehen müssen, betriebsweise miteinander verglichen. Über den einfachen Saldo von Änderungen hinaus können somit Vorstellungen über die tatsächlich erfolgten einzelbetrieblichen Veränderungen und ihre Zusammenhänge vermittelt werden.

4. Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft

Nach dem Gesetz über eine Statistik der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1980 (BGBl. I S. 820) finden in der Landwirtschaft seit 1979 jährlich repräsentative Erhebungen über die Arbeitskräfte statt. Berichtszeitraum sind hierbei vier aufeinanderfolgende Wochen, die ganz oder teilweise auf den Monat April entfallen. Erfasst werden Angaben über die Betriebsinhaber, ihre Ehegatten sowie weitere auf den Betrieben lebende Familienangehörige und ihre Beschäftigung, ferner über die familienfremden Arbeitskräfte, ihre Stellung im Betrieb sowie ihre Beschäftigung. Zum Erfassungs- und Darstellungsbereich gehören landwirtschaftliche Betriebe mit mindestens 1 ha LF sowie Betriebe unter 1 ha bzw. ohne LF, deren jährliche landwirtschaftliche Markterzeugung der von 1 ha LF entspricht (Mindesterzeugungseinheiten).

Vergleiche mit den Ergebnissen vorausgegangener Arbeitskräfteerhebungen sind wegen unterschiedlicher unterer Erfassungsgrenzen für die Zeit vor 1972/73 nur für die Betriebsgrößenklassen ab 2 ha LF möglich. Es ist ferner zu beachten, daß die Erhebungen seit 1964/65 in jedem zweiten Wirtschaftsjahr zunächst für vier Berichtsmonate (Juli, Oktober, Januar und April) und ab 1972/73 für zwei Berichtsmonate (Oktober und April) stattfanden. Lediglich für das Wirtschaftsjahr 1970/71 erfolgte in Anbetracht der 1971 durchgeführten Landwirtschaftszählung nur eine Befragung im Juli. Die im Anschluß an die Landwirtschaftszählung 1960 erfolgte Arbeitskräfteerhebung 1960/61 bezog sich auf alle Monate zwischen November 1960 und Oktober 1961. Aus den Ergebnissen für die Berichtsmonate wurden im Rahmen der Aufbereitung jeweils Durchschnittsergebnisse für das Wirtschaftsjahr berechnet. Weiterhin dürften zwischenzeitliche methodische Änderungen in der Erfassung der Arbeitskräfte und ihrer Arbeitszeiten sowie in der Ableitung der Beschäftigtengruppen und der Maßeinheit für die Arbeitsleistung (AK - Einheit) zu einer geringfügigen Beeinträchtigung der Vergleichbarkeit geführt haben.

5. Erhebung der Rebflächen

Zur Beobachtung der Entwicklung des Weinbaupotentials sind mit der Verordnung (EWG) Nr. 357/79 des Rates vom 5. Februar 1979 (ABl. der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 54 vom 5. März 1979) statistische Erhebungen der Rebflächen in den EG-Mitgliedstaaten eingeführt worden. Sie ersetzen das bisherige Weinbaukataster von 1964 und dessen jährliche Fortschreibung und bestehen aus einer alle zehn Jahre - erstmals für das Weinwirtschaftsjahr 1978/79 - durchzuführenden Grunderhebung über die Rebfläche und deren alters- und sortenmäßige Zusammensetzung sowie jährlichen Zwischenerhebungen über die infolge von Neu- und Wiederaufpflanzungen bzw. Rodungen und Einstellung der Bewirtschaftung eingetretenen Änderungen bei den Rebflächen und den Rebsorten. Die erste Grunderhebung fand bei übereinstimmender unterer Erfassungsgrenze gemeinsam mit der Weinbauerhebung 1979/80 statt. Die für die Zwischenerhebungen notwendigen Angaben werden in Rheinland-Pfalz den primär für die Anbauregelung im Weinbau eingeführten Anmeldescheinen für Rebrodungen bzw. Rebpflanzungen entnommen.

Bei einem Vergleich der Rebsortenangaben mit denen aus dem Weinbaukataster von 1964 ist zu beachten, daß mit der Grunderhebung 1979 ein neues Gliederungsschema für die Rebsorten (nach der Beerenfarbe) eingeführt wurde, wodurch die Vergleichbarkeit geringfügig eingeschränkt wird.

6. Flächenerhebung

Die mit der Neufassung des Gesetzes über Bodennutzungs- und Ernteerhebung vom 21. August 1978 (BGBl. I S. 1509) neu in die amtliche Statistik eingeführte Flächenerhebung ermöglicht im Gegensatz zur Bodennutzungshaupterhebung eine detaillierte Erfassung der außerlandwirtschaftlichen Flächennutzung und vor allem auch eine für die verschiedensten Bedürfnisse von Landesplanung und Raumordnung erforderliche Nachweisung derselben nach dem Belegenheitsprinzip. Sie wurde nach ihrer erstmaligen Durchführung im Jahre 1979 für 1981 wiederholt und findet in Zukunft alle 4 Jahre statt. Auskunftspflichtig hierfür sind grundsätzlich die nach Landesrecht für die Führung des Liegenschaftskatasters und anderer amtlicher Unterlagen zuständigen Stellen und die Gemeinden, im übrigen die Grundstückseigentümer oder sonstige Nutzungsberechtigte oder deren Vertreter. In Rheinland-Pfalz erfolgt die Lieferung der Daten jedoch ausschließlich durch das Landesvermessungsamt auf der Grundlage des Liegenschaftskatasters.

Der Nutzungsartenkatalog für die Flächenerhebung fußt auf einem differenzierten Nutzungsartenverzeichnis, das dem von der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder (AdV) zur Verbesserung des bestehenden Liegenschaftskatasters erarbeiteten bundeseinheitlichen Sollkonzept "Automatisiertes Liegenschaftskataster als Basis der Grundstücksdatenbank" beigelegt ist. Das bisherige Liegenschaftskata-

ster wird bundesweit in den kommenden Jahren auf die hier festgelegten Nutzungsarten umgestellt. Für die Erhebung 1981, bei der die in den Gemeinden (Gemarkungen) liegenden Flächen 13 Nutzungsarten zugeordnet werden mußten, galt der 31. Dezember 1980 als Erfassungstichtag. Für etwa 31 % der Gemarkungen des Landes, für die das Liegenschaftskataster bereits automatisiert geführt wurde, konnten diese Daten bereits unmittelbar hieraus übernommen werden. Bei 60 % der Gemarkungen, für die die Nutzung der Grundstücke noch nach dem herkömmlichen Liegenschaftskataster ausgewiesen wurde, mußten die hier üblichen Nutzungsangaben den geforderten Positionen im Nutzungsartenkatalog der Flächenerhebung sinngemäß zugeordnet werden. Bei lediglich 9 % der Gemarkungen enthielt das bisherige Liegenschaftskataster noch keinerlei Angaben über die Art der Flächennutzung. Hier sind die gewünschten Nutzungsarten vom Landesvermessungsamt anhand von Kartenmaterial und sonstigen Unterlagen geschätzt worden. Die Art und Weise der Datenbeschaffung bedingt, daß die Zuverlässigkeit der Zahlen regional unterschiedlich zu veranschlagen ist. Vergleichbare Genauigkeiten können erst nach vollständiger Umstellung des Katasters auf das automatisierte Verfahren frühestens 1985 erwartet werden. Auch ab dann erst können die Ergebnisse einzelner Erhebungsjahre uneingeschränkt gegenübergestellt werden.

Ergebnisvergleiche mit der Bodennutzungshaupterhebung ab 1979 und auch den entsprechenden früheren Erhebungen sind aufgrund unterschiedlicher Erhebungsprinzipien und -bereiche sowie abweichender Begriffsdefinitionen kaum möglich. Letzteres gilt vornehmlich für die Landwirtschaftsfläche, die Waldfläche, die Gebäude- und Freifläche, die Verkehrsfläche und die Gesamtfläche.

7. Obstanbauerhebung

Aufgrund der Richtlinie 71/286/EWG des Rates vom 26. Juli 1971 (ABl. der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 179/21 vom 9. August 1971) fand 1972 in der Bundesrepublik Deutschland die erste gemeinschaftliche Erhebung zur Ermittlung des Produktionspotentials bestimmter Baumobstanlagen statt. Sie sollte demnach in Zukunft alle fünf Jahre erfolgen und eine einheitliche Beobachtung sowie mittelfristige Vorausschätzung der Erzeugung und des Marktangebotes von Tafeläpfeln, Tafelbirnen, Pfirsichen und Apfelsinen in den EG-Mitgliedstaaten ermöglichen. Für die genannten Obstarten wurden 1972 neben den Anbauflächen im wesentlichen die Sorten (in der Bundesrepublik Deutschland nur bei Äpfeln und Birnen), die Pflanzdichten und die Pflanzjahre nachgewiesen. Die nationale Rechtsgrundlage für die Obstanbauerhebung 1972 bildete das Gesetz über eine Zählung in der Land- und Forstwirtschaft vom 23. Dezember 1970 (BGBl. I S. 1852). Sie wurde gemeinsam mit der Gartenbauerhebung 1972/73 durchgeführt und erstreckte sich über die Forderungen der EG hinausgehend auf Äpfel, Birnen, Süß- und Sauerkirschen, Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen, Renekloden, Aprikosen, Pfirsiche und Walnüsse, wenn sie zu Ver-

kaufszwecken als Hauptnutzung auf einer Fläche von 10 Ar und mehr angebaut wurden. Baumobst als Hauptnutzung lag dann vor, wenn auf einer Fläche nur Obstbäume standen. Waren neben den Obstbäumen auch noch andere Kulturen vorhanden, so galt Baumobst als Hauptnutzung, wenn sich die Bäume noch nicht im Ertragsalter befanden bzw. der erzielbare Erlös aus der Obsternte normalerweise höher zu veranschlagen war als der Erzeugungswert aus der Unter- bzw. Zwischenkultur.

Gestützt auf die Richtlinie 76/625/EWG des Rates vom 20. Juli 1976 (ABl. der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 218/10 vom 11. August 1976) sowie auf die Verordnung über eine Obstanbauerhebung vom 25. Januar 1977 (BGBl. I S. 219) wurde die Erhebung im Frühjahr 1977 wiederholt. Dies geschah unter Anwendung des gleichen Fragenkataloges wie 1972 und in Rheinland-Pfalz im Wege einer repräsentativen Fortschreibung der Erhebung von 1972. Lediglich die untere Erfassungsgrenze wurde in Angleichung an die EG-Anforderungen von 10 auf 15 Ar Baumobstgesamtläche angehoben.

Die künftigen Obstanbauerhebungen sind durch das Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1978 (BGBl. I S. 1509) geregelt worden, wobei diese, beginnend 1982, abwechselnd allgemein und repräsentativ stattfinden sollen. Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist zugleich darin ermächtigt worden, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates anzuordnen, daß anläßlich einer allgemeinen Erhebung neben Kern- und Steinobst weitere Obstarten erfaßt werden und die Mindesterfassungsgrenze unter 15 Ar gesenkt wird, falls dies zur Beurteilung der Versorgungslage bei Obst erforderlich ist. Die bisher im Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung verankerten Obstbaumzählungen - die letzte wurde 1965 durchgeführt - sind entfallen.

Die Obstanbauerhebung 1982 fand Anfang 1982 gemeinsam mit der Gartenbauerhebung 1981/82 statt. Sie schloß mit ihrem Erhebungs- und Aufbereitungsprogramm an diejenigen von 1972 und 1977 an.

Vergleichsmöglichkeiten zu den Ergebnissen der Obstbaumzählung 1965 sind wegen der unterschiedlichen Abgrenzung der Erfassungsbereiche, besonders hinsichtlich Hauptnutzung und Verkaufsanbau, mit gewissen Einschränkungen nur für den damaligen Standort I (intensiver Obstbau in reinen bzw. gemischten Beständen) gegeben. Da der Standort I in dieser Abgrenzung bei den Obstbaumzählungen 1951 und 1958 noch nicht bestand, sind Vergleiche mit diesen Jahren nicht möglich. Gegenüber den Flächenangaben für die Obstanlagen aus der jährlichen Bodennutzungserhebung bestehen entscheidende Unterschiede, die durch die Abweichung bei der unteren Erfassungsgrenze bedingt sind. Die im Rahmen der Gartenbauerhebung 1981/82 nachgewiesenen Baumobstflächen liegen im Vergleich zur Obstanbauerhebung 1982 geringfügig höher, da hier auch Obstanlagen mit weniger als 15 Ar

Größe enthalten sein können, sofern die entsprechenden Betriebe noch über den Anbau weiterer Gartenbauerzeugnisse verfügten und somit die Erfassungsgrenze von 15 Ar gärtnerischer Nutzfläche überschritten wurde.

8. Gemüseanbauerhebung

Nach dem Gesetz über Bodennutzungs- und Ernteerhebung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1978 (BGBl. I S. 1509) wird jährlich im Juli der Anbau von Gemüse und Erdbeeren erhoben, und zwar alle drei Jahre, beginnend 1978, allgemein und in den übrigen Jahren repräsentativ. In den Jahren mit allgemeiner Erfassung erfolgt gleichzeitig eine Feststellung des Anbaues von Zierpflanzen. Die Anbauflächen werden nach Pflanzenarten und Pflanzengruppen untergliedert. Die Gemüseanbauerhebung ersetzt die bisherige Gemüsehaupterhebung. Die Gemüsevorerhebung zur Ermittlung der Anbauabsichten ist entfallen. Während bis einschließlich 1969 der Anbau zu Erwerbszwecken Berücksichtigung fand, erstreckt sich die Befragung ab 1970 nur noch auf den reinen Verkaufsanbau, das heißt die für öffentliche, gemeinnützige und wissenschaftliche Zwecke von Heimen, Anstalten, Werksküchen, Instituten oder Stadtgärtnereien bestellten Flächen bleiben außer Betracht.

In Anpassung an neuere Anbaumethoden und -entwicklungen sind im Laufe der Jahre mehrere Änderungen und Ergänzungen des Fragenkataloges eingetreten, die die Vergleichbarkeit zu früheren Ergebnissen bei einzelnen Arten einschränken. Die geänderte Abgrenzung des Erhebungsbereiches dürfte sich dagegen in dieser Beziehung nicht besonders nachteilig ausgewirkt haben.

9. Ernteerhebungen

Die Erntestastistik dient zur frühzeitigen Unterrichtung über den Entwicklungsverlauf und die Ernteaussichten sowie schließlich zur endgültigen Ermittlung der pflanzlichen Produktion. Sie basiert einerseits auf Ernteschätzungen und -messungen und andererseits auf den Feststellungen über den Umfang des Anbaues im Rahmen der Bodennutzungshaupterhebung sowie den ergänzenden Spezialerhebungen im Bereich der Sonderkulturen.

Die Ernteschätzungen werden von ehrenamtlichen Berichterstellern vorgenommen. Diese berichten über die in ihrem jeweiligen Berichtsbezirk beobachteten Wachstums- und Ertragsverhältnisse. Um die durch Lage, Boden und Klima bedingten regionalen Verschiedenheiten zu berücksichtigen, ist das Land in eine Vielzahl von Berichtsbezirken eingeteilt. Entsprechend den Besonderheiten der einzelnen Kulturen gliedert sich die Ernteberichterstattung in vier Berichtszweige mit jeweils gesondertem Katalog für Feldfrüchte und Grünland, Obst, Gemüse sowie Wein. Sie erfolgt während der ganzen Vegetationszeit, so bei Feldfrüchten und Grünland von April bis November, bei Obst und Gemüse von Mai bis Oktober und beim Wein von Mai bis November. Dabei berichten die Berichtersteller in der Regel monat-

lich über die jeweils in Betracht kommenden Sachverhalte nach einem vorgegebenen, der Entwicklung im jahreszeitlichen Ablauf angepaßten Fragenkatalog. Um ein nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführtes Schätzungsverfahren und damit die Gewinnung zuverlässiger Durchschnittswerte für den Berichtsbezirk zu gewährleisten, ist den Berichterstellern eine entsprechende Anleitung an die Hand gegeben. Aus den Schätzungen der Berichtsbezirke werden dann in Verbindung mit den Anbauflächen der einzelnen Fruchtarten die durchschnittlichen Hektarerträge (beim Obst auch Baumerträge) und die Erntemengen im Lande bzw. in den Verwaltungsbezirken berechnet. Beim Wein erfolgt die Berechnung für Anbauggebiete und Bereiche. Außerdem treten hier noch auf Qualitätsmerkmale bezogene Schätzungen hinzu.

Zur Ergänzung und Absicherung der Ernteschätzungen finden neben der Ernteberichterstattung noch Erntemessungen statt, allerdings nur in wenigen bedeutsamen Teilbereichen. So werden bei der Besonderen Erntermittlung für Getreide und Kartoffeln auf nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Feldern die Hektarerträge bei Winterweizen, Roggen, Sommer- und Wintergerste, Hafer sowie Spätkartoffeln mittels Probeschnitten und Volldruschen bzw. Proberodungen durch Sachverständige genau festgestellt. Bei nicht einbezogenen Arten werden diese Messungsergebnisse zur Berichtigung der Schätzungen herangezogen. Auch im Wein- und Obstbau sowie bei Runkelrüben finden im Rahmen der ergänzenden Erntermittlungen Messungen auf ebenfalls nach den Regeln des Stichprobenverfahrens ausgewählten Anbauflächen statt. Sie werden hier jedoch teils durch die Betriebsinhaber selbst, teils durch besonders Beauftragte vorgenommen.

In Abstimmung mit der Bodennutzungserhebung und den Spezialerhebungen bei den Sonderkulturen wurde auch der Fragenkatalog der Erntestatistik durch Wegfall, Zusammenfassung, Umgruppierung oder Aufnahme neuer Positionen in der Vergangenheit mehrfach den sich ändernden Verhältnissen angepaßt. Insoweit sind die Ergebnisse aus neuerer Zeit zum Teil nur bedingt vergleichbar mit denen aus früheren Jahren, teils fehlt es auch an entsprechenden Vergleichswerten für einen bestimmten Zeitraum. Daneben haben auch zwischenzeitliche Neuabgrenzungen von Flächenbegriffen die Vergleichbarkeit beeinträchtigt. Soweit es möglich war, wurden Ertragsdaten aus früherer Zeit durch Umrechnung den heutigen Begriffsinhalten angeglichen. Besonders gravierend wirkt sich die mit der Bodennutzungshaupterhebung 1979 vollzogene Abkehr vom sogenannten Flächendeckungsprinzip aus, die bei einzelnen Fruchtarten zu deutlich niedrigeren statistisch nachgewiesenen Gesamterntemengen geführt hat.

Im Bereich des Weinbaues war hinsichtlich der Regionalergebnisse früherer Jahre die 1972 aufgrund weinrechtlicher Vorschriften erfolgte Neueinteilung in Anbauggebiete und Bereiche anstelle der ehemaligen Weinbauggebiete zu berücksichtigen. Hier trat im gleichen Jahr als weiteres Merkmal die Qualitätsstufeneinteilung hinzu, für die jedoch Vergleichswerte nicht er-

rechnet werden können. Beim Obstbau werden ab 1975 die Ernten in den Erfassungsbereichen Marktbobstbau und übriger Anbau gesondert ermittelt, wobei die Berechnung für den Bereich Marktbobstbau auf der Basis der jeweils neuesten Obstanbauerhebung, der übrige Anbau auf der Basis der Obstbaumzählung 1965 erfolgt. Die Ergebnisse sind nur hinsichtlich der durchschnittlichen Baumerträge, nicht aber hinsichtlich der Erntemengen mit denjenigen aus der Zeit vor der Neuabgrenzung der Erfassungsbereiche vergleichbar.

10. Weinerzeugungs- und Weinbestandsstatistik

Für Weinbilanzen im Rahmen der europäischen Weinmarktorganisation finden aufgrund der Verordnung Nr. 134 über die Ernte- und Bestandsmeldung für Wein vom 25. Oktober 1962 (ABl. der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 111 vom 6. November 1962), geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1136/70 der Kommission vom 17. Juni 1970 (ABl. der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 134 vom 19. Juni 1970), jährlich Erhebungen über Weinerzeugung und die Weinbestände statt. Bei der Weinerzeugungsstatistik mit dem Stichtag 15. Dezember werden die seit Anfang September eines jeden Jahres im eigenen Betrieb erzeugten Mengen an Wein und Jungwein untergliedert nach Weinarten und Qualitätsstufen erfaßt. Die zum Stichtag 31. August durchzuführende Weinbestandsstatistik berücksichtigt die vorhandene Weinmenge aus eigener und fremder Erzeugung nach Weinarten, Jahrgängen und Qualitätsstufen sowie nach ihrer Herkunft aus dem In- oder Ausland. Auskunftspflichtig zu beiden Erhebungen sind alle Inhaber und Bewirtschafter von Weinbaubetrieben mit einer Rebfläche von 10 Ar und mehr sowie Inhaber von Betrieben mit weniger als 10 Ar, wenn sie Trauben, Maische, Most oder Wein in den Verkehr bringen. Eine Meldepflicht besteht außerdem für alle Personen und Betriebe, die gewerbsmäßig Wein be- oder verarbeiten, lagern oder handeln, einschließlich der Winzergenossenschaften und -vereine sowie der Erzeugergemeinschaften und Verbundbetriebe. Gaststätten und Einzelhändler sind dann auskunftspflichtig, wenn sie sich eigener oder fremder Kellereinrichtungen bedienen oder über Bestände von mindestens fünf Hektoliter verfügen.

Da die Weinbestandsstatistik von 1962 bis einschließlich 1970 gemeinsam mit der Weinerzeugungsstatistik jeweils zum 31. Dezember durchgeführt wurde und erst nach Inkrafttreten der gemeinsamen Marktordnung für Wein die nunmehr gültigen Stichtage Wirksamkeit erlangten, sind für die Weinbestandsstatistik Vergleiche mit den Ergebnissen von vor 1971 wegen des unterschiedlichen zeitlichen Bezugs kaum möglich.

11. Viehzählungen

Gesetzliche Grundlage für die Erhebungen der Viehbestände bildet das Viehzählungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1980 (BGBl. I S. 817). Es schreibt eine am 3. Dezember eines jeden Jahres durchzuführende Viehzählung vor, wobei diese jedes zweite Jahr total und in den Zwischenjahren, beginnend 1981, auf repräsentativem Wege stattfindet. Sie berück-

sichtigt jährlich die Bestände an Rindern, Pferden, Schweinen, Schafen und Geflügel sowie ab 1980 alle vier Jahre die Bienenvölker. Dabei werden ab 1980 die Bestände aller Schweine- und Legehennenhalter nur noch in jedem vierten Jahr erhoben. In den Zwischenjahren fallen bei Schweinen nur Bestände mit mindestens einem Zuchtschwein oder mindestens drei anderen Schweinen, bei Geflügel nur solche mit mindestens zwanzig Stück einer Geflügelart in den Erfassungsbe- reich. Bei Pferden sind grundsätzlich nur noch Bestände mit mindestens zwei und bei Schafen mit drei Tieren zu erfassen. Diese vorgenannten Einschränkungen gelten nicht für Halter mit einer LF von mindestens 1 ha sowie mit einer geringeren LF, wenn ihre jährliche landwirt- schaftliche Markterzeugung der von 1 ha LF entspricht (Mindesterzeugungseinheiten). Ferner sieht das Vieh- zählungsgesetz jährlich drei repräsentative Zwischen- zählungen vor. Sie erstrecken sich im April und August auf Schweine und im Juni auf Rinder und Schafe.

Neben der 1980 eingetretenen Änderung des Erhe- bungsbereiches haben sich vor allem auch aus einer 1973 erfolgten Neufassung des Viehzählungsgesetzes resultierende Bestimmungen bezüglich unterer Erfas- sungsgrenze, Erhebungsmethode, Erhebungsmonate für die Zwischenzählungen (bis dahin: März, Juni, Sep- tember) sowie Fragenkatalog etwas nachteilig auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit denen früherer Jahre ausgewirkt. So werden ab 1973 Schweine nicht mehr nach Alters-, sondern Gewichtsklassen erhoben. Die Vergleichbarkeit wird dadurch jedoch nur in gerin- gem Maße vermindert, da zwischen Alter und Ge- wichtsentwicklung enge Beziehungen bestehen. Die Al- tersabgrenzung zwischen Kälbern und Jungvieh ist von drei auf sechs Monate (bis 220 kg Lebendgewicht) her- aufgesetzt und bei über ein Jahr alten weiblichen Rin- dern ist zusätzlich zu unterscheiden, ob die Tiere nur zum Schlachten bestimmt sind oder ob sie später als Nutz- oder Zuchttiere Verwendung finden sollen.

12. Milchstatistik

Rechtsgrundlage für die Statistik über die Erzeugung und Verwendung von Kuhmilch bildet das Gesetz über die Milchstatistik vom 25. Juli 1968 (BGBl. I S. 860). Da- nach besteht die Milchstatistik aus monatlichen Erhe- bungen und Schätzungen. Die Erhebungen beziehen sich auf die Milcherzeugung in den bei den Kontrollver- bänden für Milchleistungsprüfungen angeschlossenen landwirtschaftlichen Betrieben sowie auf die Milchanlie- ferung bei Milchsammelstellen und Molkereien. Aus- kunftspflichtig hierzu sind die Geschäftsführer der Kon- trollverbände sowie die Leiter der Milchsammelstellen und Molkereien. Die Milcherzeugung der nicht unter Lei- stungskontrolle stehenden Kühe sowie die Milchver- wendung durch die Erzeuger - mit Ausnahme der Mol- kereianlieferung - werden im Wege einer Schätzung er- mittelt.

13. Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik

Der Fleischanfall stellt sich dar als Produkt aus der Zahl der geschlachteten Tiere und deren durchschnittli- chem Schlachtgewicht. Die zu dieser Berechnung not- wendigen Daten resultieren aus den im Gesetz über eine Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik vom 29. August 1975 (BGBl. I S. 2305) geregelten Erhebungen über die Schlachtungen von Rindern, Pferden, Schwei- nen, Schafen und Ziegen. Dabei wird die Zahl der ge- schlachteten Tiere (Schlachtungsstatistik) im Zusammenhang mit der nach den Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes durchzuführenden Schlacht- tier- und Fleischschau erfaßt, und zwar aufgegliedert nach Herkunft, Tierarten, Kategorien, gewerblichen und Hausschlachtungen. Für die Ermittlung der durchschnittlichen Schlachtgewichte (Schlachtge- wichtsstatistik) erfolgen zunächst auf den Schlachtvieh- großmärkten sowie den Schlachtviehmärkten, für die nach § 15 des Vieh- und Fleischgesetzes die Anwen- dung der Vorschriften über Marktschlußscheine und über amtliche Notierungen angeordnet ist, Erhebungen über das Lebendgewicht der aufgetriebenen Tiere. Dazu werden monatlich das Gesamtlebendgewicht und die Zahl der Tiere getrennt nach Kategorien und Handels- klassen festgestellt. Daraus ergibt sich das durch- schnittliche Lebendgewicht. Mit Hilfe von einheitlich für das Bundesgebiet festgelegten Ausbeutesätzen kann anschließend aus dem durchschnittlichen Lebendge- wicht das durchschnittliche Schlachtgewicht für jede Tierart, Kategorie und Handelsklasse berechnet wer- den. Die Ausbeutesätze geben an, auf wieviel Prozent des Lebendgewichtes sich das Schlachtgewicht beläuft.

Wegen der schwindenden Bedeutung der Schlacht- viehmärkte werden zur Berechnung der durchschnittli- chen Schlachtgewichte bei Schweinen, Kälbern und den einzelnen Rinderkategorien auch die Gewichtsang- aben in den nach den Vorschriften der 4. Durchfüh- rungsverordnung zum Vieh- und Fleischgesetz dem Mi- nisterium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten zu erstattenden Preismeldungen für Schlachtvieh und Fleisch außerhalb von notierungspflichtigen Märkten herangezogen.

Mit den im Rahmen der Schlachtungs- und Schlacht- gewichtsstatistik gewonnenen Daten über den Fleischanfall können keine Informationen über die Fleischerzeugung innerhalb des Landes erreicht wer- den, da eine Unterscheidung der geschlachteten Tiere nach ihrer Herkunft innerhalb des Bundesgebietes nicht erfolgt. Da gerade Rheinland-Pfalz ein ausgesprochenes Zuschußgebiet für Fleisch darstellt, spielt hier die Zufuhr von Fleisch und auch von Schlachtvieh aus an- deren Bundesländern eine bedeutende Rolle.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 639	3 642	3 643	3 642	3 641	3 639	3 639
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 939	1 893	1 790	1 248	1 748	2 174 ^D	1 821 ^D	1 227 ^D	1 808 ^D
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,2	5,8	4,2	5,7	7,3 ^D	5,9 ^D	4,1 ^D	5,8 ^D
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 104	3 117	2 984	2 923	2 950	3 358 ^D	3 033 ^D	3 071 ^D	3 064 ^D
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,3	9,6	9,8	9,5	11,2 ^D	9,8 ^D	10,3 ^D	9,9 ^D
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 631	3 689	3 782	3 765	4 000	3 332 ^D	3 362 ^D	3 675 ^D	3 708 ^D
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,0	12,2	12,2	12,6	12,9	11,1 ^D	10,9 ^D	12,3 ^D	12,0 ^D
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	40	35	42	28	40	27 ^D	38 ^D
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	12,9	11,3	13,3	9,3	13,1	8,4 ^D	12,1 ^D
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 527	- 572	- 798	- 842	- 1 050	- 26 ^D	- 329 ^D	- 604 ^D	- 644 ^D
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,7	- 1,9	- 2,6	- 2,8	- 3,4	0,1 ^D	- 1,1 ^D	- 2,0 ^D	- 2,1 ^D
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	8 551	7 857	10 271	7 798	6 873	8 989	9 477
Ausländer	Anzahl	2 603	1 935	2 377	1 905	1 502	2 198	1 889
Erwerbspersonen	Anzahl	4 621	4 257	5 081	4 194	3 827	4 793	4 666
* Fortgezogene	Anzahl	7 250	7 390	9 546	8 086	6 601	9 015	9 423
Ausländer	Anzahl	1 586	1 650	1 944	1 603	1 585	2 261	1 986
Erwerbspersonen	Anzahl	4 208	4 294	5 104	4 449	3 846	4 841	4 970
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 301	467	725	- 288	272	- 26	54
Ausländer	Anzahl	1 017	285	433	302	- 83	- 63	- 97
Erwerbspersonen	Anzahl	414	- 37	- 23	- 255	- 19	- 48	- 304
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	11 176	11 190	13 472	11 842	10 055	14 023	12 557
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	50 144	72 334	74 175	81 966	97 650	98 048	102 988	110 751	123 930
* Männer	Anzahl	24 008	37 118	35 781	41 601	55 125	52 655	55 795	61 985	72 898
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 236	1 886	1 103	1 350	4 813	1 645	.	.	3 625
Bauberufe	Anzahl	2 421	4 550	4 231	5 583	7 751	6 195	.	.	10 441
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	17 979	27 184	27 240	30 899	36 952	37 596	.	.	48 641
Arbeitslosenquote	%	3,8	5,4	5,6	6,2	7,3	7,0	7,3	7,9	8,8
Offene Stellen	Anzahl	15 683	10 740	8 319	7 206	6 666	5 085	4 183	3 564	3 138
Männer	Anzahl	10 047	6 714	5 365	4 540	4 062	3 096	2 446	2 019	1 796
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	485	455	398	397	349	390	.	.	139
Bauberufe	Anzahl	1 029	613	518	326	233	310	.	.	79
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 281	3 713	2 833	2 261	2 031	1 558	.	.	832
Kurzarbeiter	Anzahl	8 558	18 520	22 749	24 696	26 306	25 347	32 854	36 786	40 117
Männer	Anzahl	6 245	13 176	16 345	18 673	19 913	19 655	23 850	27 774	30 187
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	673	655	.	.	655	.	.	.	642 ^D
* Milchkühe	1 000	235	228	.	.	228	.	.	.	228 ^D
* Schweine	1 000	695	646	.	.	646	.	.	.	655 ^D
Mastschweine	1 000	243	223	.	.	223	.	.	.	223 ^D
* Zuchtsauen	1 000	78	75	.	.	75	.	.	.	76 ^D
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	49	48	.	.	48	.	.	.	47 ^D
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	16 413	16 784	19 392	18 284	18 098	16 491	18 373	18 358	17 524
* Kälber	Anzahl	369	327	331	307	427	257	250	278	409
* Schweine	Anzahl	113 707	112 070	112 989	121 858	112 678	104 498	111 820	121 747	118 898
* Hausschlachtungen	Anzahl	12 411	11 622	10 192	18 777	18 500	7 064	9 740	18 920	19 541
Schlachtmengen 6)										
* Rinder	t	14 061	13 893	14 605	14 991	14 174	13 207	14 295	15 215	14 805
* Kälber	t	4 806	4 815	5 439	5 097	5 158	4 691	5 193	5 200	5 047
* Schweine	t	36	31	32	27	39	21	22	29	38
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	59	37	39	47	46	72	.	37 ^r	61
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	80	78	72	66	69	76	74	70	73
* an Molkereien und Händler geliefert	%	95,0	94,8	94,1	93,5	94,5	95,5	94,5	94,4	95,2
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,1	11,0	9,9	9,4	9,5	11,1	10,5	10,2	10,3

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 899	2 898	2 891	2 890	2 890	2 835	2 828	2 823	2 823
* Beschäftigte	1 000	397	391	392	391	388	379	376	373	370
* Arbeiter 2)	1 000	282	276	276	275	272	264	262	260	257
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 135	38 809	41 342	40 716	36 289	37 759	38 143	37 795	35 388
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 082	1 125	1 098	1 344	1 436	1 090	1 100	1 351	1 383
* Löhne	Mill. DM	664	682	688	800	830	656	671	791	793
* Gehälter	Mill. DM	418	443	410	544	607	434	429	560	590
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ³⁾	82	88	92	96	101	78	77	82	92
* Gasverbrauch	Mill. cbm	148	175	177	172	185	155	186	189	202
* Heizölverbrauch	1 000 t	173	138	138	150	157	88	123	116	114
* leichtes Heizöl	1 000 t	23	20	19	22	26	12	15	19	20
* schweres Heizöl	1 000 t	150	118	119	128	131	76	108	97	94
* Stromverbrauch	Mill. kWh	992	987	1 030	996	947	929	949	903	927
* Stromerzeugung	Mill. kWh	258	218	211	236	249	166	182	182	194
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 996	6 155	6 631	6 461	6 708	6 213	6 346	6 264	6 449
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 817	2 179	2 360	2 332	2 682	2 105	2 277	2 112	2 469
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	134	135	142	145	127	132	134 ^P	139 ^P	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	138	139	145	147	136	134	136 ^P	142 ^P	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	135	136	142	144	131	132	133	138	124 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	129	131	135	132	113	131	133	131	119 ^P
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	105	99	111	106	60	103	100	99	79 ^P
Chemische Industrie	1970 = 100	123	126	125	122	109	125	128	123	117 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	145	149	158	168	173	142	136	148	131 ^P
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	144	154	157	183	230	164	132	151	139 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	126	122	127	130	107	112	118	121	104 ^P
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	61	60	67	62	47	69	60	57	46 ^P
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	155	155	169	169	165	154	158	178	167 ^P
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	115	111	125	130	76	120	119	124	...
Handwerk ⁴⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	104	103	.	.	102	101
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.D 1976=100	133	132	.	.	152	133
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	310	309	348	375	319	149	532	546	...
Strombezug ⁵⁾	Mill. kWh	2 123	2 212	2 362	2 328	2 507	2 017	2 349	2 349	...
Stromlieferungen ⁵⁾	Mill. kWh	870	900	992	952	953	711	888	948	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 545	1 603	1 696	1 728	1 851	1 454	1 992	1 947	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,0	0,1	0,1	...
Gasbezug	Mill. cbm	310	314	322	353	433	197	298	343	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	283	295	301	326	399	189	279	319	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	75 413	74 226	74 600	74 376	72 742	71 573	70 708	69 359	68 084
Facharbeiter	Anzahl	40 026	39 272	39 046	39 306	38 104	37 664	37 585	36 350	35 333
Fachwerker und Werker	Anzahl	17 596	17 093	17 519	16 979	16 767	16 274	15 449	15 448	15 130
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 412	8 749	10 438	9 814	6 093	9 866	9 295	9 181	7 317
Privater Bau	1 000	5 969	5 603	6 535	6 150	4 139	6 053	5 858	5 748	4 754
* Wohnungsbau	1 000	3 932	3 587	4 152	3 997	2 644	3 890	3 818	3 731	3 038
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	71	70	125	86	36	82	69	48	58
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 966	1 946	2 258	2 067	1 459	2 081	1 971	1 969	1 658
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 443	3 146	3 903	3 664	1 954	3 813	3 437	3 433	2 563
Hochbau	1 000	707	679	850	865	496	846	769	792	623
Tiefbau	1 000	2 736	2 467	3 053	2 799	1 458	2 967	2 668	2 641	1 940
Straßenbau	1 000	1 486	1 347	1 668	1 538	812	1 653	1 461	1 427	1 033
Löhne und Gehälter	Mill. DM	178	178	198	232	162	200	188	237	181
* Löhne	Mill. DM	154	152	172	198	133	172	161	202	150
* Gehälter	Mill. DM	24	26	26	34	29	28	27	35	31
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	552	519	654	641	632	593	569	583	666

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 304	1 044	893	938	566	902	690	635	613
* mit 1 Wohnung	Anzahl	945	686	536	605	366	590	428	382	350
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	297	292	292	244	143	239	200	183	186
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	62	66	65	89	57	73	62	70	77
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 311	1 103	968	1 048	640	908	831	833	709
* Wohnfläche	1 000 qm	210	180	165	168	103	146	139	141	118
* Wohnräume	Anzahl	9 857	8 431	7 816	7 986	4 886	6 794	6 693	6 595	5 667
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	340	313	287	304	187	271	251	258	221
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	5	4	2	3	7	4	2	-	1
Unternehmen	Anzahl	200	148	142	148	100	116	109	120	129
Private Haushalte	Anzahl	1 100	892	749	787	459	782	579	515	483
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	226	176	196	196	141	205	191	165	161
* Umbauter Raum	1 000 cbm	879	764	1 108	879	725	660	861	659	576
* Nutzfläche	1 000 qm	157	129	176	132	143	113	146	111	106
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	166	143	256	140	160	131	137	125	171
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	39	29	30	25	19	35	29	31	36
Unternehmen	Anzahl	157	143	164	169	119	167	155	131	122
Private Haushalte	Anzahl	31	4	2	2	3	4	7	3	3
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 224	1 968	1 935	1 972	1 176	1 654	1 692	1 700	1 555
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 807	2 177	2 549	2 228	2 331	2 297	2 239	2 123	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	104	120	146	132	123	136	150	137	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 703	2 056	2 403	2 096	2 208	2 161	2 089	1 986	...
* Rohstoffe	Mill. DM	17	20	27	20	17	19	20	23	...
* Halbwaren	Mill. DM	98	134	160	142	123	158	150	148	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 588	1 902	2 216	1 934	2 067	1 984	1 919	1 816	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	536	596	646	605	571	589	624	624	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	1 052	1 306	1 570	1 328	1 497	1 395	1 295	1 192	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	837	904	1 017	959	894	956	970	965	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	136	153	177	150	146	168	154	139	...
Dänemark	Mill. DM	30	32	32	37	26	34	37	37	...
Frankreich	Mill. DM	250	264	288	283	264	278	287	289	...
Griechenland	Mill. DM	19	23	24	21	26	15	16	20	...
Großbritannien	Mill. DM	115	131	150	146	145	142	156	156	...
Irland	Mill. DM	7	7	8	9	8	6	8	8	...
Italien	Mill. DM	154	157	170	172	144	167	163	168	...
Niederlande	Mill. DM	126	137	169	140	136	146	150	148	...
Österreich	Mill. DM	86	90	109	98	81	110	113	91	...
Schweiz	Mill. DM	85	91	99	95	78	111	99	94	...
USA und Kanada	Mill. DM	80	103	135	102	122	111	117	100	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	395	630	817	648	736	592	606	541	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	101	91	71	68	91	93	74	82	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 412	1 510	1 616	1 563	1 443	1 510	1 488	1 459	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	168	188	206	201	207	171	167	195	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 244	1 322	1 411	1 361	1 236	1 338	1 321	1 264	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	712	757	820	828	715	702	760	692	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	179	181	214	185	171	199	215	188	...
Dänemark	Mill. DM	12	12	15	13	11	13	20	19	...
Frankreich	Mill. DM	199	198	211	221	203	157	177	175	...
Griechenland	Mill. DM	7	7	6	7	6	5	4	5	...
Großbritannien	Mill. DM	54	43	49	58	42	37	41	40	...
Irland	Mill. DM	6	4	4	3	3	2	2	3	...
Italien	Mill. DM	108	131	153	137	126	102	126	124	...
Niederlande	Mill. DM	147	181	168	205	153	188	176	139	...
Österreich	Mill. DM	48	45	41	39	37	41	39	40	...
Schweiz	Mill. DM	23	26	33	31	25	28	28	32	...
USA und Kanada	Mill. DM	100	111	124	119	116	105	144	129	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	393	368	355	238	311	435	321	372	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	44	88	122	153	140	83	67	58	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 =100	100	99	99	99	100	95
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 =100	100	110	111	110	137	98
Nahrungs- und Genußmittel	1980 =100	100	116	103	98	123	100
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 =100	100	94	122	135	148	87
Einrichtungsgegenstände	1980 =100	100	103	121	118	139	95
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 =100	100	98	105	122	200	88
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 =100	100	108	102	101	153	120
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 =100	100	106	108	109	122	101
Tankstellen (Abs,i,eig,Namen)	1980 =100	100	131	148	130	121	140
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 =100	100	105	98	98	114	89
Sonstige Waren	1980 =100	100	103	111	106	145	100
Umsatz zu Preisen von 1980	1980 =100	100	104	103	102	127	87
Nahrungs- und Genußmittel	1980 =100	100	111	98	92	116	89
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 =100	100	89	115	125	138	79
Einrichtungsgegenstände	1980 =100	100	96	111	108	127	85
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 =100	100	96	102	117	192	84
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 =100	100	103	96	94	142	107
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 =100	100	101	102	103	115	93
Tankstellen (Abs,i,eig,Namen)	1980 =100	100	113	123	109	103	117
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 =100	100	102	93	94	108	80
Sonstige Waren	1980 =100	100	109	102	97	133	89
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 =100	100	92	96	85	84	98	98
Teilbeschäftigte	1980 =100	100	89	96	84	81	96	96
* Umsatz	1980 =100	100	99	120	90	89	123	122
Beherbergungsgewerbe	1980 =100	100	102	145	82	82	154	152
Gaststättengewerbe	1980 =100	100	97	104	94	93	104	103
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	420	417	614	251	199	696	683	242	...
* Ausländer	1 000	76	73	73	23	24	116	86	27	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 566	1 548	2 008	806	744	2 478	2 160	754	...
* Ausländer	1 000	242	222	208	60	74	321	250	66	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	1 613	1 505	1 799	1 595	1 296	1 420	1 497	1 467	1 367
* Gütersend	1 000 t	1 502	1 376	1 583	1 288	985	1 334	1 383	1 358	1 100
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 420	13 417	12 648	10 636	9 048	10 967	11 414	9 503	9 135
Kraftfahrzeuge	Anzahl	740	1 342	731	499	409	1 080	651	538	470
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 516	11 125	10 994	9 360	7 958	8 966	9 998	8 329	7 935
* Lastkraftwagen	Anzahl	689	545	532	437	341	503	436	402	395
Zugmaschinen	Anzahl	367	307	311	248	266	335	266	196	245
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	9 237	9 259	10 504	9 445	11 469	8 955	10 151	9 258	10 220
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 931	1 819	1 942	1 800	1 383	2 135	1 798	1 689	1 762
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 306	7 440	8 562	7 645	10 086	6 820	8 353	7 569	8 458
Verunglückte Personen	Anzahl	2 676	2 478	2 613	2 426	1 910	2 859	2 449	2 265	2 377
* Getötete	Anzahl	70	62	59	68	38	86	63	52	66
Pkw -Insassen	Anzahl	34	32	25	34	24	31	41	20	33
motorisierte Zweiräder	Anzahl	14	12	12	10	1	30	5	12	5
Fußgänger	Anzahl	15	11	9	21	9	10	9	13	23
* Verletzte	Anzahl	2 606	2 416	2 554	2 358	1 872	2 773	2 386	2 213	2 311
Pkw -Insassen	Anzahl	1 477	1 357	1 526	1 439	1 291	1 193	1 327	1 269	...
motorisierte Zweiräder	Anzahl	581	546	509	418	170	875	558	405	...
Fußgänger	Anzahl	259	236	240	270	253	244	238	272	...
Schwerverletzte	Anzahl	835	761	754	716	524	910	790	689	726
Pkw -Insassen	Anzahl	417	385	415	400	309	357	414	357	...
motorisierte Zweiräder	Anzahl	214	194	157	139	56	306	185	139	...
Fußgänger	Anzahl	118	104	111	126	119	107	103	118	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	58 422	63 997	62 697	63 066	63 997	66 839	67 371	67 447	68 814
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	57 122	62 594	61 256	61 632	62 594	65 272	65 786	65 851	67 259
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	46 964	51 189	50 104	50 279	51 189	53 579	53 876	53 839	54 993
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 157	11 405	11 151	11 353	11 405	11 693	11 910	12 012	12 266
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	12 527	14 184	13 546	13 577	14 184	15 000	14 924	14 719	15 238
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 163	13 334	12 929	12 893	13 334	13 970	13 943	13 674	14 155
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	364	850	617	684	850	1 029	981	1 045	1 083
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 955	8 123	7 827	7 948	8 123	8 797	8 938	9 016	9 143
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 918	6 481	6 247	6 276	6 481	7 111	7 175	7 207	7 261
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 037	1 642	1 581	1 671	1 642	1 686	1 762	1 809	1 882
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	37 640	40 286	39 882	40 108	40 286	41 475	41 925	42 116	42 878
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	28 883	31 374	30 928	31 110	31 374	32 497	32 758	32 958	33 577
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 756	8 912	8 954	8 998	8 912	8 977	9 167	9 158	9 301
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	48 947	52 450	49 778	51 203	52 450	53 622	54 227	54 963	56 251
* Sichteinlagen	Mill. DM	7 299	7 200	6 932	7 859	7 200	7 270	7 732	8 534	7 840
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 793	6 755	6 482	7 254	6 755	6 766	6 995	7 920	7 350
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	506	445	450	605	445	503	737	615	491
Termingelder	Mill. DM	15 091	18 840	18 299	18 586	18 840	19 585	19 621	19 328	19 487
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	13 717	17 382	16 902	17 177	17 382	18 034	18 123	17 936	17 974
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 374	1 458	1 397	1 409	1 458	1 550	1 497	1 392	1 513
* Spareinlagen	Mill. DM	26 556	26 410	24 547	24 758	26 410	26 768	26 875	27 101	28 923
* bei Sparkassen	Mill. DM	15 290	15 269	14 143	14 298	15 269	15 739	15 809	15 938	17 023
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 286	1 450	1 261	1 335	3 097	1 306	1 455	1 493	3 415
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 266	1 476	1 275	1 124	1 452	1 274	1 351	1 271	1 593
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ³⁾	Anzahl	37	51	48	61	54	68	61	85	73
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	13 883	25 505	8 714	18 309	20 933	19 449	16 248	50 480	48 687
* Vergleichsverfahren	Anzahl	-	-	-	-	1	2	1	-	3
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	919	1 043	1 141	1 056	1 013	1 205	1 240	1 216	1 202
* Wechselsumme	1 000 DM	6 823	8 170	7 399	6 582	6 481	10 235	10 029	8 665	7 578
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 119 293	1 104 967	850 366	1 229 194	1 729 262	1 397 892	830 760	1 189 024	1 889 231
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	773 282	759 347	464 119	807 749	1 390 168	1 036 199	463 671	807 995	1 456 918
* Lohnsteuer ⁴⁾	1 000 DM	515 079	524 985	417 814	726 343	771 291	439 156	444 423	770 913	807 095
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	108 527	102 977	-	329 917	-	-	-	336 654	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	154 712	135 811	22 070	- 1 547	428 063	401 143	240	- 21 476	443 530
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	16 351	17 011	5 522	4 521	17 739	4 532	8 502	6 849	15 920
* Körperschaftsteuer ⁴⁾	1 000 DM	87 141	81 540	18 713	78 432	173 075	191 368	10 506	51 709	190 373
Einnahmen aus der Körperschaft-steuerzerlegung	1 000 DM	13 731	12 011	-	54 084	-	-	-	45 946	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	346 011	345 619	386 247	421 445	339 094	361 693	367 089	381 029	432 313
* Umsatzsteuer	1 000 DM	228 992	213 926	254 895	252 199	195 255	205 430	242 820	263 003	264 181
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	117 019	131 693	131 352	169 246	143 839	156 263	124 269	118 026	168 132
* Bundessteuern	1 000 DM	154 241	161 613	150 386	155 075	294 458	130 086	144 428	137 254	339 210
* Zölle	1 000 DM	9 232	10 338	10 238	14 248	11 157	10 224	8 584	10 120	10 950
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	133 812	149 008	137 863	137 306	281 004	118 068	131 427	124 243	325 793
* Landessteuern	1 000 DM	67 563	70 238	61 867	89 653	68 875	60 837	56 872	99 021	54 955
* Vermögensteuer	1 000 DM	14 826	16 540	4 255	40 476	10 810	4 077	3 695	48 134	4 114
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	34 028	33 972	40 040	31 075	31 836	36 418	34 498	31 033	25 618
* Biersteuer	1 000 DM	6 387	6 537	7 114	6 144	6 151	7 031	7 099	5 553	5 906
* Gemeindesteuern ⁵⁾	1 000 DM	491 895	456 688	.	.	443 699	458 799	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 046	7 858	.	.	6 668	9 388	.	.	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	71 639	73 216	.	.	64 816	85 118	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	367 982	336 120	.	.	332 117	328 509	.	.	.
* Lohnsummensteuer ⁶⁾	1 000 DM	5 573	208	.	.	226	93	.	.	.
* Grunderwerbsteuer	1 000 DM	27 940	28 627	.	.	32 354	26 297	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postcheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	728 650	737 589	631 502	790 623	1 207 524	850 108	601 090	730 658	1 531 473
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	335 700	329 329	198 208	349 398	605 069	461 354	195 956	348 189	637 962
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	233 563	233 299	241 897	284 888	266 979	258 657	222 563	243 587	516 908
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	41 011	1 262	41 018	11	38 143	1 628	37 393
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	565 662	561 110	450 945	614 071	878 010	652 222	452 954	624 702	882 420
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	334 313	327 808	197 416	348 108	604 158	451 790	196 671	345 752	633 495
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	149 640	149 716	150 651	175 048	163 959	139 584	161 268	178 301	156 577
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	41 011	1 262	41 018	11	38 143	1 628	37 393
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	705 455	674 522	.	.	719 192	686 546	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	281 635	256 714	.	.	253 075	250 467	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	299 907	297 241	.	.	354 533	305 789	.	.	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	117,0	123,9	125,8	126,4	126,8	131,6	132,0	132,3	132,6
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	112,7	118,2	119,0	119,8	120,3	126,2	125,9	126,2	126,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1976 = 100	134,1	142,0	.	143,7
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	545	575	583	.	.	.	609	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	582	611	621	.	.	.	647	.	.
* Facharbeiter	DM	617	648	658	.	.	.	685	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	555	579	586	.	.	.	610	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	475	497	505	.	.	.	514	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	388	412	416	.	.	.	434	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	373	397	401	.	.	.	417	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	13,08	13,86	14,06	.	.	.	14,83	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	13,80	14,59	14,79	.	.	.	15,60	.	.
* Facharbeiter	DM	14,54	15,39	15,60	.	.	.	16,44	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	13,22	13,88	14,01	.	.	.	14,75	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	11,37	12,05	12,21	.	.	.	12,72	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	9,84	10,46	10,61	.	.	.	11,11	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	9,50	10,06	10,22	.	.	.	10,66	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,7	41,3	41,5	.	.	.	41,0	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	42,2	41,8	42,0	.	.	.	41,5	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,5	39,4	39,2	.	.	.	39,1	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 819	2 983	3 016	.	.	.	3 190	.	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 521	2 657	2 696	.	.	.	2 842	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 085	3 232	3 268	.	.	.	3 456	.	.
* männlich	DM	1 987	2 112	2 150	.	.	.	2 259	.	.
* weiblich	DM	3 515	3 709	3 762	.	.	.	3 938	.	.
* Technische Angestellte	DM	3 598	3 795	3 850	.	.	.	4 030	.	.
* männlich	DM	2 409	2 579	2 608	.	.	.	2 748	.	.
* weiblich	DM	3 268	3 454	3 504	.	.	.	3 669	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 951	3 119	3 162	.	.	.	3 327	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 490	3 690	3 740	.	.	.	3 924	.	.
* männlich	DM	2 313	2 438	2 472	.	.	.	2 599	.	.
* weiblich	DM	3 572	3 767	3 824	.	.	.	3 981	.	.
* Technische Angestellte	DM	3 646	3 846	3 903	.	.	.	4 067	.	.
* männlich	DM	2 510	2 670	2 719	.	.	.	2 826	.	.
* weiblich	DM			
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 264	2 373	2 409	.	.	.	2 536	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 249	2 357	2 394	.	.	.	2 514	.	.
* männlich	DM	2 778	2 871	2 899	.	.	.	3 065	.	.
* weiblich	DM	1 816	1 935	1 977	.	.	.	2 072	.	.

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981			1982				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 566	61 682	61 719	61 723	61 721	61 617	61 604
Eheschließungen 1)	Anzahl	30 201	29 972	33 721	32 857	21 429	35 208 ^p	34 621 ^p	31 783 ^p	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	51 721	52 046	54 751	51 101	48 522	54 344 ^p	54 807 ^p	51 037 ^p	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 510	60 183	56 129	61 034	60 145	56 804 ^p	55 292 ^p	55 697 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 7 788	- 8 136	- 1 378	- 9 933	- 11 623	- 2 460 ^p	- 485 ^p	- 4 660 ^p	...
Arbeitslose	1 000	889	1 272	1 256	1 366	1 490	1 797	1 820	1 920	2 038
Männer	1 000	426	652	616	679	773	967	983	1 040	1 126
Offene Stellen	1 000	308	208	176	155	132	98	81	70	62
Männer	1 000	198	127	109	95	79
Kurzarbeiter	1 000	137	347	268	367	436	326	583	828	1 033
Männer	1 000	98	239	180	246	298	254	433	625	791
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 553	23 310	.	.	.	23 091	.	.	.
Schlachtmenge 4)	1 000 t	373	366	375	381	373	365	366
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	123	121	125	127	131	100	118	120	124
ohne Baugewerbe	1970 = 100	125	124	126	128	134	101	120	122	127
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	122	121	123	125	131	98	117	118	122
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	122	119	122	122	124	100	113	111	113
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	124	123	127	128	136	96	123	123	128
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	120	114	119	121	124	91	113	115	118
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	130	134	133	139	144	120	126	132	139
Baugewerbe	1970 = 100	107	98	116	114	106	87	104	104	100
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 660	7 489	7 514	7 473	7 442	7 238	7 236	7 175	7 134
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	762	726	760	782	750	639	715	702	697
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	99 639	104 661	114 642	114 756	110 675	96 000	113 389	108 202	111 218
Auslandsumsatz	Mill. DM	24 198	27 262	31 156	30 191	29 790	24 966	30 207	28 451	29 756
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	24 862	25 145	22 875	26 583	27 555	21 472	23 127
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 569	3 380	2 914	3 555	3 768	2 709	2 693	3 305	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 263	1 226	1 252	1 228	1 206	1 165 ^p	1 163 ^p	1 172	1 151
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	145	134	168	163	141	132 ^p	154 ^p	148	141
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 374	9 244	10 571	11 184	11 204	8 715 ^p	9 980 ^p	10 312	10 825
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	16 378	13 607	13 006	12 389	9 506	11 664	11 436	10 981	9 191
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	15 191	12 324	11 760	10 977	8 301	10 201	9 959	9 366	7 732
Wohnfläche	1 000 qm	2 926	2 588	2 441	2 499	1 970	2 375	2 331	2 347	2 063
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 239	2 844	2 952	3 202	2 551	2 864	2 921	2 916	2 641
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	31 718	29 669	28 496	29 810	23 857	28 991	28 753	29 535	26 446
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
EG-Länder	Mill. DM	29 200	33 083	34 404	37 736	36 120	30 704	36 154	35 874	36 627
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	14 019	15 507	16 539	17 485	16 538	14 062	17 576	17 483	17 718
Dänemark	Mill. DM	2 290	2 410	2 642	2 689	2 586	2 247	2 680	2 723	2 668
Frankreich	Mill. DM	556	627	682	694	685	618	805	705	743
Griechenland	Mill. DM	3 885	4 327	4 546	4 847	4 557	3 971	4 998	4 887	5 015
Großbritannien	Mill. DM	315	388	396	444	365	334	406	384	364
Irland	Mill. DM	1 910	2 181	2 331	2 570	2 522	2 142	2 715	2 787	2 858
Italien	Mill. DM	111	140	147	157	162	114	133	139	141
Niederlande	Mill. DM	2 495	2 609	2 725	2 914	2 742	1 795	2 727	2 766	2 810
Österreich	Mill. DM	2 773	2 824	3 069	3 168	2 919	2 841	3 112	3 093	3 119
Schweiz	Mill. DM	1 605	1 668	1 812	1 972	1 765	1 549	1 850	1 850	1 729
USA und Kanada	Mill. DM	1 667	1 727	1 824	1 878	1 823	1 675	2 003	1 810	1 850
Entwicklungsländer	Mill. DM	1 971	2 393	2 530	3 016	2 751	2 097	2 598	2 732	2 613
Staatshandelsländer	Mill. DM	4 315	5 883	5 962	7 236	6 759	5 605	5 883	5 809	6 255
	Mill. DM	1 617	1 629	1 370	1 374	1 666	1 624	1 582	1 719	1 823

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	28 438	30 760	30 922	32 458	32 237	27 997	30 973	31 878	31 779
EG-Länder	Mill. DM	13 117	14 545	14 737	15 718	15 529	13 102	14 857	15 092	15 265
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 039	2 056	2 206	2 335	2 194	1 855	2 236	2 310	2 141
Dänemark	Mill. DM	478	494	490	599	587	508	660	652	640
Frankreich	Mill. DM	3 049	3 344	3 322	3 421	3 412	2 700	3 382	3 692	3 784
Griechenland	Mill. DM	230	246	259	285	255	191	231	239	220
Großbritannien	Mill. DM	1 906	2 287	2 502	2 413	2 474	2 231	2 338	1 989	2 007
Irland	Mill. DM	127	144	156	170	139	127	134	150	177
Italien	Mill. DM	2 257	2 297	2 269	2 452	2 352	2 089	2 196	2 370	2 363
Niederlande	Mill. DM	3 261	3 678	3 532	4 044	4 116	3 402	3 678	3 692	3 932
Österreich	Mill. DM	819	859	931	973	934	823	943	957	966
Schweiz	Mill. DM	1 012	1 051	1 084	1 228	1 194	915	1 117	1 080	1 067
USA und Kanada	Mill. DM	2 443	2 640	2 368	2 901	2 518	2 379	2 347	2 532	2 694
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 794	5 977	6 064	5 509	5 729	5 652	6 107	6 233	5 855
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 449	1 608	1 832	1 686	1 966	1 662	1 714	1 985	1 650
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	202,3	207,7 ^P	197,4 ^P	227,4 ^P	224,7 ^P	188,6 ^P	196,0 ^P	219,0 ^P	232,3 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	169,8	162,9 ^P	162,9 ^P	162,9 ^P	162,9 ^P
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 428	1 555	1 508	1 517	1 533	1 597	1 610	1 623	1 630 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 098	1 176	1 152	1 156	1 159	1 204	1 214	1 220	1 220 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	330	379	356	362	374	394	396	403	410 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	1 011	1 059	1 001	1 009	1 026	1 063	1 066	1 073	1 083 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	486	483	452	456	454	481	481	484	487 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	22 814	23 193	29 335	19 254	18 787	19 797	30 523	19 859	18 768 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	14 488	14 523	22 105	10 196	9 646	11 817	22 980	10 628	9 855 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	9 297	9 713	9 698	9 442	9 313	10 652	10 105	9 982	9 704 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 066	2 744	7 837	301	95	- 79	7 809	270	- 101 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	7 787	8 149	7 227	7 916	8 741	7 565	7 536	8 072	8 529 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 404	4 525	3 908	4 122	4 954	4 133	4 105	4 389	4 848 ^P
Bundessteuern	Mill. DM	3 838	4 006	4 063	3 958	3 945	3 957	3 824	4 114	4 237 ^P
Zölle	Mill. DM	384	412	462	430	413	372	400	408	374 ^P
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 243	3 366	3 418	3 333	3 315	3 306	3 220	3 503	3 628 ^P
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1976 = 100	112,7	121,9	124,2	124,4	124,5	126,8	127,0	127,8	128,3 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1976 = 100	99,3	104,6	107,0	108,4	110,3	108,7	109,0	110,2 ^P	109,2 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1976 = 100	117,1	126,2	128,2	129,0	129,5	134,1	134,4	134,9	134,8
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1976 = 100	133,7	141,3	.	.	142,9	146,7
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1976 = 100	134,1	142,0	.	.	143,7	146,8
Preisindex für den Straßenbau	1976 = 100	136,2	139,8	.	.	138,9	136,3
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	117,0	123,9	125,4	125,8	126,4	131,2	131,6	132,0	132,3
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	112,7	118,2	118,3	119,0	119,8	126,5	126,2	125,9	126,2
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	120,8	126,8	127,9	128,6	129,5	132,8	133,5	133,9	134,5
Wohnungsmiete	1976 = 100	115,4	120,4	121,7	122,2	122,6	127,1	127,6	128,1	128,7
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	137,6	157,8	164,7	163,8	166,0	170,2	172,9	177,4	177,9
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	116,7	123,7	124,0	124,8	126,1	128,5	129,3	129,7	130,3
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	116,8	125,2	128,9	128,3	127,7	133,0	133,4	134,1	134,0
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	119,1	126,0	127,3	127,9	128,3	132,1	132,6	133,2	133,6
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	108,9	113,0	114,0	114,8	115,2	118,6	119,1	119,3	119,3
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	123,2	131,3	133,1	133,7	133,7	138,7	138,8	138,9	139,0

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

Neue Daten der Lohnsteuerzerlegung

Im Jahre 1980 ist von rund 284 200 Steuerpflichtigen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz die Lohnsteuer in Höhe von gut 1,6 Mrd. DM in einem anderen Bundesland vereinnahmt worden. Es handelt sich hierbei sowohl um berufliche Auspendler als auch um Beschäftigte in Zweigniederlassungen solcher Unternehmen, deren Lohnabrechnung zentral am Unternehmenssitz in einem anderen Bundesland erfolgt. In 30% der Fälle ist die Lohnsteuer in Hessen abgeführt worden, gefolgt von Nordrhein-Westfalen (28%) und Baden-Württemberg (23%).

Gleichzeitig ist bei rheinland-pfälzischen Finanzämtern für 62 800 Lohnsteuerpflichtige mit Wohnsitz in anderen Bundesländern Lohnsteuer in Höhe von 477 Mill. DM abgeführt worden. Auch hier ist eine starke Konzentration auf die Nachbarländer festzustellen, die einen Anteil von mehr als 80% auf sich vereinigen.

Für Rheinland-Pfalz ergibt sich nach Saldierung der Ansprüche und Verpflichtungen gegenüber den übrigen Bundesländern ein Erstattungsanspruch, der für Land und Gemeinden eine bedeutende Verbesserung der Steuereinnahmen bedeutet. Im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1982 machten die Einnahmen aus der Zerlegung 21,4% des gesamten kassenmäßigen Lohnsteueraufkommens von Rheinland-Pfalz aus. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 25

Weniger Schulkinder im Straßenverkehr getötet

Im Jahre 1982 verunglückten auf den rheinland-pfälzischen Straßen 20 Kinder im Alter von sechs bis 14 Jahren tödlich. 1981 waren es 34 gewesen. Zwölf der ums Leben gekommenen Kinder waren zwischen zehn und 14 Jahre alt.

Acht Kinder verunglückten als Fußgänger, je sechs als Radfahrer bzw. Mitfahrer in Personenkraftwagen.

Der schon seit Jahren beobachtete stetige Rückgang der Zahl tödlich verunglückter Schulkinder dürfte maßgeblich auf die intensiverte Verkehrserziehung zurückzuführen sein. Auch das Tragen von farblich auffallender Kleidung hilft Unfälle verhüten. gz

Mehr Tote und Verletzte im Dezember 1982

Im Dezember 1982 ereigneten sich in Rheinland-Pfalz über 10 000 Straßenverkehrsunfälle. Im Vergleich zu Dezember 1981 gingen die Unfälle mit nur Sachschaden um 17% auf 8 400 zurück, während die Personenschadensunfälle um 26% auf 1 740 anstiegen. Die Zahl der Getöteten nahm um 26 auf 64 zu. Überdies wurden fast 200 Schwerverletzte mehr gezählt.

Jeder zweite der 64 tödlich Verunglückten war Insasse eines Personenautos. Unter den Verkehrsoptionen befinden sich auch sechs Kinder unter 15 Jahren. gz

Anstieg der Ausländerzahlen verlangsamte sich

Ende September 1982 lebten fast 171 000 Ausländer in Rheinland-Pfalz, das ist 1% mehr als ein Jahr zuvor. 1981 und 1980 hatten die Steigerungsraten noch 3,9% bzw. 9,8% betragen. Damit stellten die Ausländer 4,7% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung. Ihr Anteil liegt hier deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 7,6%.

Die Zahl der aus dem Ausland Zugezogenen ist zurückgegangen. Im ersten Halbjahr 1982 kamen 6 465 Ausländer nach Rheinland-Pfalz. Das sind annähernd 1 000 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Fast genauso viele (6 441) kehrten in ihre Heimatländer zurück.

Knapp die Hälfte (79 000 bzw. 46%) der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländer hielt sich Ende September 1982 seit über zehn Jahren im Bundesgebiet auf; 15 000 oder 8,8% leben hier schon seit mindestens 20 Jahren. hs

Mehr über dieses Thema auf Seite 31

Über 9 900 Erstimmatrikulierte im Wintersemester 1982/83

Im Wintersemester 1982/83 ist die Zahl der Studienanfänger gegenüber dem Wintersemester des Vorjahres um 14,3% auf 9 919 angestiegen. Von den Erstimmatrikulierten sind 9 422 (95%) Deutsche und 497 (5%) Ausländer. Der Anteil der Frauen liegt bei 41% (4 106).

Die meisten Studienanfänger (56%) wurden an den Universitäten gezählt, gefolgt von den Fachhochschulen (einschl. Verwaltungsfachhochschulen) mit 39%. 4,2% der Erstimmatrikulierten nahmen das Studium an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule und 0,8% an den theologischen Hochschulen auf.

Insgesamt haben sich im Wintersemester 1982/83 an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz 53 949 Studenten (ohne Beurlaubte, Gasthörer und Studienkollegiaten) immatrikuliert. Das sind 12,2% (5 850) mehr als im Wintersemester des Vorjahres.

Fast 67% der Studenten (36 016) sind an den Universitäten des Landes eingeschrieben, 26% (14 161) an den Fachhochschulen, darunter 4,8% an den Verwaltungsfachhochschulen, 5,4% (2 899) an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule, 0,9% (511) an den theologischen Hochschulen und 0,7% (362) an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Der Anteil der weiblichen Studenten an der Gesamtzahl der Studierenden liegt bei rund 40% und damit um 1,5 Prozentpunkte niedriger als bei den Ersteinschreibern. Die Zahl der ausländischen Studenten beläuft sich auf 2 592 (Ausländerquote 4,8%). we

Jeder Sechste lebt von Rente, Pension oder eigenem Vermögen

Im April 1982 bestritten 1,45 Millionen Rheinland-Pfälzer ihren Lebensunterhalt mit Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit. Das sind rund 40% der 3,6 Millionen Einwohner des Landes. 1,45 Millionen Personen waren auf die finanzielle Unterstützung der Eltern oder des Ehegatten angewiesen. Jeder sechste Einwohner von Rheinland-Pfalz, nämlich 626 000 bzw. 17%, lebte von Rente, Pension oder eigenem Vermögen.

Im Jahre 1982 lag der Anteil der Personen, deren überwiegende Einkommensquelle die eigene Erwerbstätigkeit war, um 2,4 Prozentpunkte (39,9 gegenüber 37,5%) höher als 1977. Auch der Anteil der Rentner und Pensionäre hat in den vergangenen fünf Jahren zugenommen (von 16,4 auf 17,2%). Nur die Zahl der von Familienangehörigen unterstützten Personen, die 1977 noch 43,7% ausgemacht hatten, ging aufgrund geringerer Geburtenzahlen und vermehrter Frauenerwerbstätigkeit deutlich zurück (– 3,8 Prozentpunkte). hs

Sauerkirsche bestimmt rheinland-pfälzischen Obstbau

In Rheinland-Pfalz gab es Anfang 1982 insgesamt 4 500 Betriebe, die auf 5 800 ha Fläche Baumobst zum Verkauf anbauen. Jeder dritte der 3 Millionen Obstbäume war eine Sauerkirsche. Diese Obstart macht heute fast die Hälfte aller Obstflächen aus, gegenüber erst 37% vor zehn Jahren. Rheinland-Pfalz ist damit zum weitaus größten Sauerkirschenerzeuger des Bundesgebietes geworden.

Nennenswerte Bedeutung haben neben der Sauerkirsche noch Äpfel (27%), Pflaumen und Zwetschen (11%) und Süßkirschen (7%). Bei den Äpfeln haben die Sorten Golden Delicious und vor allem Cox Orange zwar zugunsten des Boskops und einiger Neuzüchtungen an Beliebtheit verloren, sie sind mit 27 bzw. 13% jedoch weiterhin im Anbau vorherrschend.

Charakteristisch für den rheinland-pfälzischen Obstbau ist die starke Konzentration auf wenige, klimatisch bevorzugte Anbauggebiete. Allein 55% der Obstflächen liegen im Landkreis Mainz-Bingen und in der Stadt Mainz. Weitere Anbauschwerpunkte sind einige Gemeinden in den Landkreisen Bad Dürkheim und Ahrweiler sowie der Raum Koblenz. lx

Mehr über dieses Thema auf Seite 33

Themen der letzten Hefte**Heft 7/Juli 1982**

Neues Kommunalwahlrecht
Verschuldung der Kommunen
Bedeutung des Außenhandels
Krankenhausbedarfsplanung
Programmwartung in der Krankenhausautomation

Heft 8/August 1982

Ausbildungsplätze im Mai 1982
Privatquartiere und Kleinbetriebe im Fremdenverkehr
Verbraucherpreise für Heizöl 1960 bis 1982
Baulandmarkt und Baupreise 1981
Umsätze der gewerblichen Wirtschaft
ADV-Ausbildung im Statistischen Landesamt
Strukturierte Programmierung

Heft 9/September 1982

Ausländische Schüler 1976 bis 1981
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1981
Personal an Hochschulen 1981
Vermögens- und Kapitalstruktur der gewerblichen Wirtschaft
Außenhandel mit dem Nahen Osten

Heft 10/Oktober 1982

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983
Entwicklung des Arbeitskräfteangebots
Beheizung von Neubauten
Arbeitsstätten des Einzelhandels 1979
Regionalstruktur des Großhandels
Berechnung der Eigenkapitalquote

Heft 11/November 1982

Volkszählung in den Gemeinden
Ergebnisse der Volkszählung für Gemeindeteile
Statistik der Weinmosternten
Prognose der Wanderungen
Wohngeld
Wirtschaftskraft in Rheinland-Pfalz und den EG-Ländern
1970 bis 1980
Jahresverdienste in Industrie und Handel 1981
Infrastrukturdaten im Landesinformationssystem

Heft 12/Dezember 1982

Wirtschaftliche Entwicklung 1982
Fremdenverkehr in den Heilbädern
Strukturwandel im verarbeitenden Gewerbe 1967 bis 1979
Umsatz und Beschäftigte in der Handelsvermittlung
Binnenfischerei 1981

Heft 1/Januar 1983

Weinmosternte 1982
Feldfrüchte und Futterpflanzen 1982
Bafög-Leistungen 1981
Wohnungsmieten
Das Baugewerbe in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Abwasserbeseitigung

Themen der folgenden Hefte

Volkszählung 1983
Schuhindustrie
Omnibusverkehr
Insolvenzen
Wahlen am 6. März 1983

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.